

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verantwortlich und Chefredakteur:**  
Erich Wiffinghaus, Berlin.  
Telefon: Carl Schlegel 4130-4132



**Stellen für Verlag und Geschäftsbüro:**  
Berlin O 2 01, Dönhofsplatz 6  
Telefonbüro: Capotina

Die Ausgabe erfolgt im Collédruck.

Der Inhalt ist nur auf Grund höchster Zuverlässigkeit gegeben. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet ist. Abdruckung ist ohne Erlaubnis verboten.

Berlin, den 8. Januar 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

Und die Harzburger?

Sind sie für oder gegen Hindenburg?

SPD. Der Plan der Reichsregierung auf Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg durch den Reichstag steht weiterhin im Vordergrund der innerpolitischen Erörterungen. Aber noch ist es völlig ungewiss, ob der Plan zur Durchführung gelangen kann oder nicht. Eine offizielle Erklärung der Harzburger liegt bisher nicht vor. Sie ist auch nicht vor Sonnabend-Nachmittag zu erwarten.

Die Entscheidung, vor die die Nazis und die Harzburger gestellt sind, macht ihnen allerlei Pein, obwohl insbesondere die Nazis so tun, als ob durch die an sie ergangene Einladung der Reichsregierung ihre Unentbehrlichkeit endgültig und unwiderleglich erwiesen sei. Man fordert von ihnen, dass sie einem Gesetzentwurf zustimmen, durch den die Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg auf unbegrenzte Zeit, das heisst also zum mindesten theoretisch um weitere sieben Jahre verlängert wird, und die Regierung lehnt es im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten ab, auf irgendwelche Bedingungen Hitlers und seiner Komplizen einzugehen. Dabei haben die Hakenkreuzler seinerzeit die Mandatsverlängerung für den Präsidenten Ebert, die im Oktober 1922 durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags bis zum 30. Juni 1925 erfolgte, stets für verfassungswidrig erklärt, ja, sie sind gelegentlich so weit gegangen, die Amtsführung Eberts in dieser Zeit als illegal zu bezeichnen. Jetzt sollen sie nun um Hindenburgs willen ihren Standpunkt ändern, und jedermann weiss, wie scharf sie bis in die letzte Zeit hinein trotz des Hitlerschen Neujahrsglückwunsches an Hindenburg den gegenwärtigen Reichspräsidenten bekämpft und beschimpft haben.

Es lässt sich angesichts dieser Schwierigkeiten verstehen, dass sich Hitler zunächst eine Bedenkzeit auserbeten hat. Er will sie benutzen, um mit seinen Harzburger Partnern Fühlung zu nehmen und so die unangenehme Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. Wie sich sein kleinerer Bruder und Diktatorkollege Hugenberg zu der Sache stellen wird, ist zunächst noch zweifelhaft. Vorläufig lässt er durch seine Trabanten verkünden, dass er gegen den Vorschlag der Reichsregierung ist. Aber selbst wenn er sich geneigt zeigen sollte, auf die Anregung der Regierung einzugehen, wäre damit die Situation für die Nationalsozialisten kaum erleichtert. Sie haben ihren Anhängern zu oft die Präsidentenwahl als das entscheidende politische Ereignis des Jahres 1932 hingestellt, sie haben sie zu eifrig als den Termin des grossen Umschwungs angekündigt, als dass es ihnen leicht fallen könnte, nun auf den Kampf und auf den immer wieder als sicher in Aussicht gestellten Sieg zu verzichten. Die Spiessbürger, die der Hakenkreuzfahne folgen, mögen ebenso wie die SA-Leute noch so sehr bereit sein, an die Gottähnlichkeit Hitlers und die Unfehlbarkeit seiner Entscheidungen zu glauben, aber in diesem Fall würde doch vielleicht die unbequeme Frage auftauchen, ob hier nicht ein nicht gerade rühmlicher Rückzug vorgenommen wird, und ob die grossen Worte, mit denen der Wahlsieg verheissen wurde, nicht

doch mit der inneren Ueberzeugung des "Führers" in Widerspruch gestanden haben. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, dass Hitler nachträglich noch den Versuch macht, bei der Regierung eine Bezahlung für eine Zustimmung zu dem Plan herauszuschlagen. Aber der Reichskanzler wird sich solchen Bemühungen weiterhin widersetzen müssen. Schon um des Reichspräsidenten willen, die er nicht nachsagen lassen darf, dass das Opfer, das er zweifellos mit der Einwilligung der Verlängerung seiner Amtsdauer bringt, durch irgendwelche Zugeständnisse an irgend eine Partei entwertet worden sei. Dann aber auch, weil in demselben Augenblick, in dem Bedingungen und Forderungen der Nationalsozialisten erfüllt würden, von der Mitwirkung der Sozialdemokratie keine Rede mehr sein könnte.

Brüning hat den Nationalsozialisten den Sonnabend als Termin für die Erteilung ihrer Antwort gestellt. Vielleicht wird die Frist noch etwas verlängert, aber viel Zeit steht nicht mehr zur Verfügung. Am kommenden Dienstag tagt der Ältestenausschuss, um über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags abzustimmen. Das wäre dann auch der Zeitpunkt, an dem festgestellt werden könnte, ob es einen Sinn hat, das Parlament zur Beschlussfassung über ein Gesetz zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten zusammenzutreten zu lassen.

Die Regierung möchte - natürlich nur für den Fall, dass die Zweidrittelmehrheit sichergestellt ist - diese Plenarsitzung zwei oder drei Tage vor Beginn der Reparationsverhandlungen stattfinden lassen. Sie verspricht sich wohl nicht mit Unrecht von dem Verbleiben Hindenburgs im Amt eine günstige Wirkung auf die Stimmung der anderen Mächte. Allerdings müsste verhindert werden, dass die Gelegenheit dann auch zu einer parlamentarischen Debatte über die auswärtige Politik und besonders über die Reparationsfrage benutzt würde. Das könnte mehr Schaden als Nutzen stiften, und vor allen Dingen soll man sich von vornherein der Illusion entschlagen, als ob die Sozialdemokratie etwa für eine gemeinsame Kundgebung mit den Nationalsozialisten zu haben sei. Mit diesen Leuten treten wir ganz gleichgültig, wie wir zu dem Reparationsproblem an sich stehen, nicht in dieselbe Front.

Aber das sind spätere Sorgen. Einstweilen bleibt abzuwarten, ob die Hamburger sich gegen den einst von ihnen gewählten Reichspräsidenten wenden oder nicht; denn eine Absage an die Regierung wäre gleichbedeutend mit einer Stellungnahme gegen Hindenburg.

SPD. Paris, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf den italienischen Konsul in Paris, Gentile, wurde am Freitag kurz nach elf Uhr ein Attentat verübt.

Der Konsul hatte gerade eine Kraftdroschke verlassen und wollte das Konsulat betreten, als ein junger italienischer Student namens Richichi auf ihn zutrat und vier Revolverschüsse auf ihn abgab, die ihn am rechten Oberschenkel erheblich verletzten. Während der Konsul zusammenbrach, ergriff der Attentäter die Flucht. Der vor dem Konsulat wachhabende Polizeibeamte nahm sofort die Verfolgung des Täters auf. Er hatte den Flüchtling fast eingeholt, als dieser sich umdrehte und zwei Schüsse auf den Beamten abgab, die jedoch fehlgingen. Einige Schritte weiter stellte sich dem Italiener ein anderer Polizeibeamter in den Weg. Jetzt gelang es, ihn zu überwältigen und abzuführen. Auf dem Wege zur Polizeiwache wäre er von der Menge beinahe gelyncht worden. Richichi erklärte bei seiner Vernehmung, dass er das Attentat aus Rache begangen habe, da er auf Veranlassung des Konsuls aus der italienischen Schule als Hilfslehrer entlassen worden wäre und nunmehr ohne Mittel für sein Studium sei. Das Konsulat hat die Angaben Richichis bestätigt. Die Entlassung sei erfolgt nachdem man erfahren habe, dass Richichi in seiner Heimat wegen eines strafrechtlichen Vergehens verurteilt worden sei.

Der Konsul schwebt nicht in Lebensgefahr. Er wurde am Freitag-Nachmittag operiert.

SPD. München, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die sogenannte Reichsführung der Hitler-S.S. (Schutzstaffel) hat ihre Mitglieder mit einem sinnigen Neujahrsgeschenk überrascht. Unter dem 31. Dezember 1931 (Aktenummer A 65) hat der Reichsführer der SS und Reichstagsabgeordneter Himmler einen Befehl erlassen, in dem für alle SS-Leute eine Heiratsgenehmigung eingeführt wird. Nach der dazu geschriebenen Erläuterung bezweckt dieser Heiratskonvent, dass künftig kein SS-Mann ohne vorherige Rücksprache mit dem Rasseamt der SS eine Heirat eingeht und im besonderen eine rassistisch minderwertige Frau heiratet, um auf diese Weise einen deutschen "Neuadel aus Blut und Boden" zu züchten. Der Befehl hat folgenden Wortlaut:

"1) Die SS ist ein nach besonderen Gesichtspunkten ausgewählter Verband deutscher nordisch bestimmter Männer.

2) Entsprechend der nationalsozialistischen Weltanschauung und in der Erkenntnis, dass die Zukunft unseres Volkes in der Auslese und Erhaltung des rassistisch und erbgesundheitlich guten Blutes beruht, führe ich mit Wirkung ab 1. Januar 1932 für alle unverheirateten Angehörigen der SS die Heiratsgenehmigung ein.

3) Das erstrebte Ziel ist die erbgesundheitlich wertvolle Erhaltung deutscher nordisch bestimmter Art.

4) Die Heiratsgenehmigung wird einzig und allein nach rassistischen und erbgesundheitlichen Gesichtspunkten erteilt oder verweigert.

5) Jeder SS-Mann, der zu heiraten beabsichtigt, hat hierzu die Heiratsgenehmigung des Reichsführer SS anzufordern.

6) SS-Angehörige, die bei Verweigerung der Heiratsgenehmigung trotzdem heiraten, werden aus der SS gestrichen. Der Austritt wird ihnen freigestellt.

7) Die sachgemässe Bearbeitung der Heiratsgesuche ist Aufgabe des Rasseamtes der SS.

8) Das Rasseamt der SS führt das Sippenbuch der SS, in das die Familien der SS-Angehörigen nach Erteilung der Heiratsgenehmigung oder Bejahung des eingegangenen Gesuches eingetragen werden.

9) Der Reichsführer SS, der Leiter des Rasseamtes und die Referenten dieses Amtes sind ehrenwörtlich zur Verschwiegenheit verpflichtet."

Diesem Befehl sind Ausführungsbestimmungen beigegeben, in denen folgendes angeordnet wird: SS-Angehörige, die zu heiraten beabsichtigen, haben diese Absicht mindestens 3 Monate vorher dem Reichsführer SS zu melden. Der Gesuchsteller hat dem Gesuch um Heiratsgenehmigung beizulegen: die Abstammungstafeln von sich und seiner Braut, die erbgesundheitlichen Zeugnisse von sich und seiner Braut, die lückenlosen Leumundszeugnisse von sich und seiner Braut. Gesuche um Heiratsgenehmigung gehen in verschlossenem versiegeltem Briefumschlage auf dem Dienstwege an den Reichsführer SS. Dieser gibt Gesuch und Anlagen an das Rasseamt zur Bearbeitung und Prüfung. Nach erfolgter Bearbeitung und Prüfung wird das Gesuch dem Reichsführer SS zur Entscheidung vorgelegt. Nach erfolgter Zustimmung wird der Gesuchsteller und seine Familie in das Sippenbuch der SS eingetragen. Den bereits verheirateten Angehörigen der SS steht es frei, unter Einreichung derselben Unterlagen die Eintragung in das Sippenbuch der SS zu beantragen.

SPD. Die Harzburger zerbrechen sich seit Wochen den Kopf darüber, ob die spätestens im Mai fälligen preussischen Landtagswahlen tatsächlich stattfinden oder nicht. Warum wissen sie wahrscheinlich selbst nicht; denn von keiner zuständigen preussischen Stelle ist bisher eine Vertagung dieser Wahlen angeregt oder gar befürwortet worden. Insofern erübrigt sich u.E. die am Freitag von dem Staatssekretär im Preussischen Staatsministerium Dr. Weismann abgegebene öffentliche Erklärung, nach der die Wahlen zum verfassungsmässigen Termin stattfinden würden.

SPD. Stuttgart, 8. Januar (Eig. Drahtb)

Der Senior der württembergischen Sozialdemokratie Karl Sperka ist im 79. Lebensjahre gestorben.

Sperka ist der Sozialdemokratie als junger Handschuhmacher in der Zeit v dem Ausnahmegesetz beigetreten und wurde sehr bald einer der ersten und einflussreichsten Führer der württembergischen Sozialdemokratie. Er war jahrzehntelang ihr Landesvorsitzender. Von 1907 bis 1912 gehörte Sperka dem Reichstag an. An zahlreichen Parteitagern der deutschen Sozialdemokratie hat er als Delegierter teilgenommen.

Sperka hat seiner Aufgabe als Parteiführer stets mit grosser Zähigkeit und organisatorischem Geschick entsprochen und war daher in Württemberg und weit über dessen Grenzen hinaus eine hochgeachtete Persönlichkeit, der die württembergische und mit ihr die deutsche Arbeiterbewegung stets ein ehrendes Andenken bewahren wird.

-----

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat das Berliner Nazi Organ mit sofortiger Wirkung bis zum 14. Januar einschliesslich verboten. Einmal weil es in einer Notiz über Streikvorgänge die jüdische Religionsgemeinschaft beschimpft und böswillig lächerlich gemacht hat, zum anderen weil in der gleichen Nummer des Blattes die vierte Strafkammer des Landgerichts III beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wird. Der in Frage stehende Artikel behandelt den gegenwärtig laufenden Landfriedensbruchprozess Helldorff und Genossen und enthält weiterhin eine Billigung der bekannten Kurfürstendamms-Krawalle.

-----

SPD. Bessau, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Freude über den Sturz der sozialdemokratisch-demokratischen Regierung in Anhalt, den Kommunisten und Rechtsparteien gemeinsam unternommen hatten, hat nicht lange gedauert. In der Freitag-Sitzung des anhaltischen Landtags wurde der Sozialdemokrat Deist mit absoluter Mehrheit der gültigen Stimmen wiedergewählt, ebenso der demokratische Staatsminister Dr. Weber in der Stichwahl. Die ungültigen Stimmen stammten zum Teil von den Kommunisten, zum Teil von den Nationalsozialisten und zwei Hausbesitzern. Das Gelächter über die Blamage der Rechtsparteien ist allgemein.

-----

SPD. Die amerikanische Regierung hat sich plötzlich zu einem Schritt entschlossen, der ebenso überraschend ist, wie er weittragende Folgen haben kann: sie hat den Regierungen von Tokio und Nanking gleichlautende Noten überreicht, in denen sie feierlich an den Washingtoner Neunmächtevertrag von 1922 erinnert, der die territoriale und administrative Unverletzlichkeit Chinas und den Grundsatz der "offenen Tür" verbürgt, und sie zugleich an ihre Verpflichtungen aus dem Kellogg-Pakt von 1928 ermahnt. Diese Noten sind den sechs anderen unterzeichnenden Mächten des Washingtoner Vertrages zur Kenntnis gebracht worden, das sind Grossbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Portugal, die seinerzeit an der Seeabrüstungskonferenz teilgenommen hatten, auf der dieser China-Vertrag zustande kam. Ebenso ist auch Deutschland von dem Schritt verständigt worden.

Der amerikanische Schritt ist schon deshalb überraschend, weil er anscheinend ohne besonders aktuellen Anlass erfolgt; es sei denn, dass das amerikanische Gewissen gegenüber China erst durch den Ueberfall auf den Konsul der USA in Charbin aufgerüttelt worden wäre - aber gerade dieser Zwischenfall hatte das Staatsdepartement soeben als durch die förmliche Ent-

schuldigung der japanischen Regierung als beigelegt anerkannt. Die Ereignisse in der Mandschurei haben ihren Anfang Mitte September 1931 genommen, als die japanischen Truppen unter einem plumpen Vorwand dieses riesige Gebiet zu besetzen begannen. Damals schon wandte sich China hilfesuchend an den Völkerbund und die noch tagende Jahresversammlung des Völkerbundes befasste sich mit diesem Vorgehen. Damals schon nahmen die Völkerbundsmächte mit der Regierung von Washington Fühlung, aber diese begnügte sich mit allgemeinen Redewendungen und hielt sich ostentativ zurück. Jetzt schreiben wir Anfang Januar 1932. Inzwischen hat der Völkerbundsrat zwei ausgedehnte Sondertagungen abgehalten, einmal in Genf im Oktober und sodann in Paris im Dezember, jedesmal unter Teilnahme eines amerikanischen Beobachters, aber von einer besonderen Aktivität der Vereinigten Staaten zugunsten des angegriffenen China war nicht viel zu verspüren.

Jetzt auf einmal, am 7. Januar 1932, also fast vier Monate nach dem Beginn der imperialistischen Aktion der Japaner, von der schon am ersten Tag feststand, dass sie gegen den Wortlaut und gegen den Geist sowohl des Neunmächtevertrages wie auch des Kellogg-Paktes verstieß, entsinnt sich die amerikanische Regierung ihrer Pflichten und sie unternimmt diesen aufsehenerregenden diplomatischen Schritt. Sollte ihr Gewissen wirklich erst infolge der Besetzung von Tschintschau durch die Japaner erwacht sein, auf die Staatssekretär Stimson in einem ergänzenden Kommentar zu seiner Note hingewiesen hat? Sicher ist, dass mit der Besetzung dieser Stadt die faktische Besetzergreifung der gesamten Mandschurei durch die japanischen Truppen nunmehr vollendete Tatsache ist und dass die Japaner mit gepanzerter Faust nunmehr bald an die Tore des eigentlichen chinesischen Reiches pochen.

Wenn auch die amerikanische Aktion reichlich spät, vielleicht sogar schon zu spät, erfolgt, so ist sie dennoch zu begrüßen und jedenfalls einer weiteren Passivität vorzuziehen, die sich, angesichts des Neunmächtevertrages, des Kellogg-Paktes und des Völkerbundstatuts allmählich zu einem internationalen Skandal herauswächst. Durch die September-Mahnungen des Völkerbundes haben sich die Japaner in keiner Weise behindern lassen; im Oktober übernahmen sie neue Verpflichtungen, als aber der Rat in Paris im Dezember wieder zusammentrat, war die Besetzung der Mandschurei weitergegangen; jetzt hat China abermals den Rat anrufen müssen, weil sich Japan auch um die neuen Dezember-Vereinbarungen nicht kümmert und unter dem alten, bequemen Vorwand der Bekämpfung von "chinesischen Banditen" weiter marschiert, weiter besetzt, weiter Fliegerbomben abwirft, weiter chinesische Behörden absetzt und durch eigene Stroh- männer ersetzt.

Ermutigt durch die Ohnmacht der Völkerbundsmächte und durch die Passivität der Vereinigten Staaten hat Japan vollendete Tatsachen geschaffen und sich immer rücksichtsloser über die bestehenden Verträge hinweggesetzt. Wird sich die Regierung von Tokio durch das späte und plötzliche Erwachen der Regierung von Washington beeinflussen lassen? Das wäre dringend zu wünschen, aber das erste, schroff ablehnende Echo dieses Schrittes in Tokio lässt das Gegenteil befürchten. Und wenn nun die Amerikaner, nachdem sie sich so spät zum Eingreifen entschlossen haben, sich eine solche Missachtung nicht gefallen lassen, was dann? Die Zukunft im Fernen Osten ist mehr denn je voller dunkler Verwicklungen und Gefahren.

SPD. Frankfurt/M., 8. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die Gewerkschaften des Freistaates Hessen und der Provinz Hessen-Nassau haben den Reichskommissar für Preisüberwachung Dr. Goerdeler am Freitag telegraphisch und telefonisch um die sofortige Bestellung eines Unterepreiskommissars für ihr Gebiet mit dem Sitz Frankfurt/Main gebeten. Goerdeler hat der Forderung bereits zugestimmt. Er wird für den Freistaat Hessen und für Hessen-Nassau in einigen Tagen einen Unterepreiskommissar ernennen.

SPD. Paris, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Leiche des Kriegsministers Maginot ist am Freitag-Vormittag einbalsamiert und dann zur Besichtigung freigegeben worden. Der Katafalk ist in einem mit schwarzen Tüchern ausgeschlagenen Salon des Kriegsministeriums aufgebahrt. Acht Offiziere halten die Totenwache.

Die offizielle Bestattungsfeier ist auf Sonntag-Vormittag festgesetzt worden. Nach einer kirchlichen Feier im Invalidendom wird Ministerpräsident Laval auf der Invaliden-Esplanade vor dem Sarg des Ministers eine Trauerrede halten. Im Anschluss daran werden die Truppen der Pariser Garnison dem Toten durch einen Vorbeimarsch an dem Sarge die letzte Ehre erweisen.

SPD. Man schreibt uns:

Im Essener Nazilager stinkt es wieder einmal mächtig. Es ist zur Zeit ein heftiger Krach im Gange, dem zunächst der bisherige Gauleiter Terboven zum Opfer gefallen ist.

Terboven und seinem Freunde, dem Standarten-Adjutanten, Oberleutnant a. D. Weyrauch, wird u. a. die Unterschlagung von etwa 50 000 Mark vorgeworfen. Weyrauch soll diese Summe, wie eine Nachprüfung ergeben hat, ausgegeben, aber im Sinne der Bewegung verwandt haben. Weyrauch soll ferner mit einer nahen Verwandten des Fabrikanten Hoffmann, eines der Hauptgeldgeber der Essener Nazis, auf nicht gewöhnlichen Liebespfaden gewandelt sein. Die Liebelei endete mit Krach. Hoffmann wurde Weyrauchs ärgster Feind. Das Ende vom Lied ist, dass Weyrauch versetzt werden soll, wogegen er sich aber heftig sträubt. Angesichts dieses Skandals schickte Hitler seinen Komplizen Strasser ins Ruhrgebiet. Er soll den Essener Augiasstall ausmisten.

Strasser hat zunächst die sofortige Amtsenthebung Terbovens verfügt. Einige andere Essener Nazigrößen sind bereits früher abgesägt worden. So der jetzige Radikaldemokrat Leutnant Nettesheim, der Standartenführer und ehemalige Münstersche Polizeihauptmann Mersmann, der gleichfalls der NSDAP den Rücken gekehrt hat. Der Sturmführer Lier, der sich den Oberleutnantstitel selbst zugelegt hatte, wurde abgesägt, weil man ihm Unterschlagung von Parteigeldern vorwarf. Lier und Weyrauch sollen zudem mit den Kommunisten konspiriert haben. Die ehemaligen Sturmführer Hilmar Bach und Schmidt aus Steele ziehen heute als kommunistische Wanderredner umher.

In Dortmund ist der Stadtverordnete und Ortsgruppenvorsitzende der Nazis, König, abgesetzt worden. König wurde von dem Reichstagsabgeordneten Wagner (Bochum) gestürzt. Beide setzten sich stark für das Naziblatt "Rote Erde" in Bochum ein, während Hitler die Essener "Nationalzeitung" protegiert. Wagner dürfte wahrscheinlich gleichfalls der Hitlerschen Säge zum Opfer fallen.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat unter dem 8. Januar angeordnet, dass Inhaber von Schusswaffen und Munition sowie Inhaber von Hieb- und Stosswaffen, die ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, durch Hieb, Stoss oder Stich Verletzungen beizubringen, bis zum 15. Februar 1932 die genannten Waffen und die entsprechenden Munitionsvorräte schriftlich oder mündlich unter Angabe der Anzahl und Art dem zuständigen Polizeirevier gegen Empfangsbestätigung anzumelden haben. Befreit von dieser Anmeldung sind lediglich Inhaber von Jahresjagdscheinen und von Waffenscheinen sowie diejenigen Beamten, die zum Waffentragen berechtigt sind.

SPD. Halle, 8. Januar (Eig. Bericht)

Wegen Unterschlagung in zwei Fällen wurde von dem Schöffengericht Halle der Bruder des ehemaligen Nazigauführers und preussischen Landtagsabgeordneten Paul Hinkler (Halle) der in der NSDAP ebenfalls tätige Georg Hinkler zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Von den drei Mitangeklagten, ebenfalls stramme Nazis, wurde der Kaufmann Paul Albrecht wegen betruges zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt. Der der Anstiftung angeklagte Kaufmann Fritz Schwab und der der Beihilfe angeklagte Kraftwagenführer Johann Günther wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Dem Prozess liegt folgendes zugrunde: Hinkler kaufte seinerzeit, obwohl er ein strammer Nationalsozialist ist und deshalb grundsätzlich mit Juden kein Geschäfte abschliessen darf, von dem Reisenden Albrecht, der ebenfalls auf Hakenkreuz schwört und deshalb auch grundsätzlich nicht für eine jüdische Firma arbeiten dürfte, eine Singernähmaschine, also ein jüdisches Fabrikat. Er leistete jedoch nur eine ganz geringe Anzahlung. Die Abzahlung "vergass" er. Hinterher will ihm der Gedanke gekommen sein, "du darfst als Nationalsozialist kein jüdisches Fabrikat in deinem Hause haben!". Deshalb kaufte er, obwohl er inzwischen arbeitslos geworden war, von dem "Pg." Albrecht eine zweite Maschine, diesmal ein judenreines Fabrikat und zwar auf dieselbe Weise, indem er nur eine kleine Anzahlung leistete und wiederum das Stottern "vergass".

Nicht mit Unrecht bezeichnete der Staatsanwalt und das Gericht die rasmässige Begründung des zweiten Kaufes als Mumpitz. Denn obwohl Hinkler seinen Freunden erzählt hatte, er sei von seinem Bruder mit einem Monatsgehalt von 400 Mark als Redakteur beim "Kampf", dem offiziellen Organ der mitteldeutschen Nazis, angestellt worden (Vetterwirtschaft!), war er damals doch völlig mittellos, da das schwindstüchtige Blättchen verboten war. Es liess sich daher der Eindruck nicht weglegen, dass Hinkler seinem Freunde Albrecht nur eine unrechtmässige Provision zuschanzen wollte.

Aber es sollte noch schlimmer kommen. Hinkler, ein mehrfach einschlägig und auch wegen Diebstahls vorbestrafter Mann, glaubte, dass er sein Geld leichter verdienen könnte als durch Arbeit. So begab sich der strenge Nationalsozialist und Bruder des Naziparlamentariers und Gauführers der NSDAP in die Gesellschaft des fünfzehn Mal vorbestraften Abenteurers und - Juden Schwab. In wenigen Stunden wurde der Nazibonze der Duzfreund des Juden. Der Nationalsozialist Hinkler empfing seinen Freund, den Juden, schon am frühen Morgen und bewirtete ihn - nach nationalsozialistischer Konsequenz - mit französischem Wein und Sekt. Ja, es wurde sogar ein grosses Fressgelage auf Pump veranstaltet. Da Hinkler von der Lieferfirma unter der Vorspiegelung, er habe 800 Mark gewonnen, Kredit eingeräumt wurde, wird auch diese Prasserei noch Gegenstand eines Prozesses sein. Schwab hatte nämlich Hinkler dazu verführt, durch Rennwetten Geld zu verdienen. Mit dem Erlös eines versetzten Klaviers fuhr man nach Berlin. Trotz der guten Tips, die der Jude dem Nazi gab, ging das Geld verloren. Ein zweites Mal fuhr man ohne Geld nach Berlin, und zwar per Auto, das der Angeklagte Günther gestellt hatte. Aber auch diese Fahrt ins Glück war erfolglos. Der betrogene war hier Günther, dem man die Fahrtauslagen nicht bezahlt hatte. Da Günther auf sein Geld drängte, liess Hinkler die nicht bezahlte Singernähmaschine (mit dem jüdischen Blut) beim Altwarenjuden durch Schwab versetzen. Da auch dieses Geld nutzlos verwettet wurde, wurde die zweite, ebenfalls nicht bezahlte, aber arische Nähmaschine - immer als Eigentum Hinklers - durch Schwab versetzt. Von dem Geld sah Hinkler angeblich wieder nichts. Ärgerlich darüber schrieb er an die gutsituierten - jüdischen - Verwandten des Schwabs einen Brief, in dem er mit dem erpresserischen Hinweis, er werde die ganze Angelegenheit (in der er selbst ja der Hauptschuldige war) von seinem grossen Bruder im hallischen Nazi "Kampf" veröffentlichen lassen, sein Geld zurückforderte.

"Die Verhandlung hat ein trübes Bild von Leuten entwickelt, die es lei-

der heute in Deutschland gibt." So leitete der Vorsitzende des Gerichtes die Urteilsverkündung ein. Er hatte damit durchaus Recht, denn auch die Art, wie sich die Helden vor Gericht benahmen, entspricht keineswegs dem, wie sich Hitler seine Helden vom "Dritten Reich" vorstellte. Hinkler, obwohl mehrmals bestraft, spielte sich als der harmlose Knabe auf, der dem bösen Juden auf den Leim ging. Allerdings ohne Erfolg.

-----

SPD. Die deutschen Botschafter in Paris, London und Rom, die am Donnerstag und Freitag zu Besprechungen mit der Reichsregierung über das Reparationsproblem in Berlin weilten, kehren am Sonnabend an den Sitz ihrer Botschaften zurück. Ihr Berliner Aufenthalt galt der Information der Reichsregierung über die Haltung der Regierungen in Paris, London und Rom zu dem Reparationsproble und der Information der Botschafter über die Auffassungen der Reichsregierung zu der gleichen Frage. Einen Auftrag zu neuen Vorstellungen bei den Regierung in Paris, London und Rom haben die Botschafter während ihres Berliner Aufenthalts nicht erhalten.

-----

SPD. Darmstadt, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Erklärung des Reichsgerichts, dass das Hochverratsverfahren gegen den Verfasser des Boxheimer Dokuments Dr. Best und Genossen nicht eingestellt sei, hat die Führer der hessischen Nazis in helle Wut versetzt.

In der Freitag-Ausgabe des hessischen Nazi-Organs veröffentlicht der Leiter der sogenannten Nazi-Gaupressestelle Hessen einen längeren Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Voruntersuchung mit negativem Erfolg so gut wie abgeschlossen gewesen wäre und eine entsprechende Meldung in der Presse nur den Zweck gehabt habe, das Reichsgericht gegen Best und Konsorten aufzuputzen. Tatsächlich habe das Reichsgericht nach der betreffenden Meldung für die Angeklagten einen neuen Termin anberaumt und einige Nationalsozialisten, die bisher weder direkt noch indirekt im Zusammenhang mit dem Hochverratsverfahren genannt worden seien, nun zur Vernehmung geladen.

Der Artikel schliesst mit folgender unerhörten Drohung gegen den Oberreichsanwalt: "Während sich die Gerichte noch mit kniffligen Teilfragen in Sachen Boxheimer Dokument beschäftigen, steigen blutrote Anzeichen über den politischen Horizont herauf. Vielleicht werden Reichsgerichtsräte in ihrer sorgenvollen Arbeit, ob es sich mit dem Hochverrat von Boxheim richtig verhält oder nicht, aufgeschreckt durch das Maschinengewehrfeuer bolschewistischer Bürgerkriegstruppen. Dann gilt das Standrecht mit dem Motto: ...wird erschossen. Sind wir von diesen Zeiten noch so weit entfernt? Haben wir vor der deutschen Geschichte noch das Recht, politischen Lappalien nachzujagen? Eine kommende Zeit wird die harte Sprache der brutalen Gewalt sprechen und wir wissen nicht, ob sie untersuchende Reichsgerichtsräte verschonen wird."

-----

SPD. Paris, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

In der am Sonnabend erscheinenden Nummer der politischen Wochenschrift "Lumière" veröffentlicht der sozialistische Abg. Grumbach einen interessanten Artikel, der sich mit dem Vorschlag der "Dépêche" von Toulouse über die endgültige Streichung der Reparationen beschäftigt und die Gründe für den Widerstand auseinandersetzt, auf den der Vorschlag in Frankreich gestossen ist.

Grumbach geht zunächst auf die Haltung der Sozialisten in der Reparationsfrage ein und erklärt, dass die französische Sektion der Internationale gemäss den Beschlüssen des Amsterdamer Kongresses immer das unbestreitbare Recht Frankreichs auf Ersetzung der Wiederaufbaukosten verteidigt habe und noch ver-



teidige. Aber sie werde das Auge nicht vor der Wirklichkeit schliessen. Wenn die französischen Sozialisten die Ueberzeugung gewinnen sollten, dass ein "Schwammstrich" über die Reparationen das Mittel sein würde, die wirtschaftliche, finanzielle und politische Atmosphäre der Welt zu reinigen, vertrauensvolle Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen, England bei der Ueberwindung seiner finanziellen Schwierigkeiten zu helfen, unter denen die Arbeiterklasse am meisten leide, und die Vereinigten Staaten zur Annullierung der interalliierten Schulden zu bewegen, so würden sie nicht zögern, alle chauvinistischen Demagogie zum Trotz, das französische Volk aufzufordern, freiwillig auf die Reparationen zu verzichten. Von diesem Geiste sei sicherlich auch der Vorschlag der "Dépêche" beseelt gewesen.

Ueber die wenig enthusiastische Aufnahme, den der Vorschlag in den für die deutsch-französische Verständigung kämpfenden Kreisen gefunden hat, äussert sich Grumbach folgendermassen: "Nicht aus Furcht vor Hitler, wie seine Presse es darstellen will, fassen mutige Geister in Frankreich den endgültigen "Schwammstrich" über die Reparationen ins Auge, sondern aus Furcht vor Hitler macht sich in allen Kreisen der französischen Bevölkerung ein derartiger Widerstand gegen die Reparationsstreichung bemerkbar. Das Misstrauen, das der Hitlerianismus der Welt einflösst und das Deutschland schon so viel geschadet hat, verhindert gegenwärtig eine Liquidation des Reparationsproblems, die nur dann eine nützliche Lösung sein würde, wenn sie den deutschen Republikanern zugute kommt. Hitler, der Verkünder des "Dritten Reichs", hält den Schwamm in der Hand. Darüber möge sich Deutschland klar sein."

-----

SPD. Genf, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf Veranlassung der englischen Regierung fand im Internationalen Arbeitsamt eine Beratung der Regierungen der sieben Haupt-Kohlenproduktionsländer Europas über die Inkraftsetzung der Genfer Arbeitszeitkonvention für den Kohlenbergbau statt. Es wurde eine grundsätzliche Uebereinstimmung über die gleichzeitige Ratifikation erzielt.

Ministerialdirektor Sitzler vom Reichsarbeitsministerium gab im Verlauf der Besprechungen die Erklärung ab, dass sich die deutsche Regierung angesichts der bevorstehenden Lausanner Konferenz noch nicht für den Zeitpunkt der Ratifikation habe entscheiden können, jedoch mit der baldigen gleichzeitigen Ratifikation einverstanden sei. Das Ergebnis der Lausanner Konferenz sei ohne Einfluss auf ihren Entschluss bezüglich der Ratifikation. Belgien liess feststellen, dass es wegen seiner exponierten Lage eine Ratifikation erst ein Jahr nach den übrigen Ländern wirksam werden lassen könne. Für England erklärte dessen Bergbauminister, das Kabinett habe noch nicht zu dem Abkommen Stellung genommen. Nach diesen Erklärungen wurde die Festsetzung des Zeitpunktes der gemeinsamen Inkraftsetzung auf April dieses Jahres verschoben. Die Staaten werden zu diesem Termin wieder zu einer Konferenz in Genf zusammentreten.

-----

SPD. Trier, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

In Perl bei Trier forderten etwa 120 Bauern in einer Versammlung die Ungültigkeitserklärung der mit ihnen abgeschlossenen Siedlungsverträge. Sie stellten die schwarze Fahne auf den Tisch, sangen stehend das Bundschuhlied und betonten, dass sie auch vor Terror nicht zurückschrecken würden, falls andere Mittel versagten.

Die Erregung der Bauern beruht darauf, dass den Siedlern nach dem Siedlungsvertrag jedes Verfügungsrecht über ihren Besitz genommen wird. Es kann nach dem Vertrag z.B. der merkwürdige Fall eintreten, dass ein Landwirt, der vor dem Uebergang zur Siedlungswirtschaft 20 Morgen Ackerland sein eigen nannte und nun noch 2 oder 3 Morgen Siedlungsland dazu erhielt, das Verfügungsrecht

über seinen früheren Besitz zugunsten des geringen neuen Besitzes verliert. Die Bauern behaupten nun, dass ihnen von dieser Vertragsklausel nichts mitgeteilt worden sei. Sie hätten sonst niemals in diesen Plan eingewilligt.

Die Bauern wählten zum Schluss ihrer Versammlung einen Ausschuss, der sich zum Bürgermeister von Perl begab und unter Vorantragen der schwarzen Fahne die Aufhebung der Siedlungsverträge bis Montag abend forderte.

-----

SPD. Karlsruhe, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Redakteur und Verleger eines rechtsgerichteten Blattes in Wertheim-Baden wurde wegen Verleumdung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Marum zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das betreffende Blatt hatte Marum nachgesagt, dass er für seine Tätigkeit bei Batschari 70 000 Mark erhalten habe. Der Inhaber der Zigarettenfabrik Reemtsma in Hamburg, an die die Batschari-Fabrik seinerzeit übergegangen ist, erklärte als Zeuge, dass Marum niemals für die Firma tätig gewesen sei und deshalb auch keinen Pfennig Entschädigung habe erhalten können. Auch dem früheren Reichsfinanzminister Hilferding, dem in der Nazipresse wochenlang vorgeworfen worden war, dass er sich persönlicher Vorteile willen um den Nachlass der Steuerschuld von Batschari in Höhe von 14 Millionen Mark eingesetzt habe, sei von der Firma niemals auch nur der geringste Betrag gezahlt worden.

-----

SPD. Paris, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Kontrolleur des englischen Schatzamts, Sir Frederic Leithross, ist in Begleitung mehrerer Beamten des Schatzamts am Freitag-Abend in Paris eingetroffen. Er soll der französischen Regierung einen von dem englischen Kabinett gebilligten Vorschlag über die Regelung des Reparationsproblems auf der Lausanner Konferenz mitteilen und die Verhandlungen über die gemeinsamen französisch-englischen Pläne wiederaufnehmen.

-----

SPD. Tokio, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf den Kaiser von Japan wurde am Freitag mittag ein Attentat verübt. Ein 32 jähriger Koreaner, der sofort nach der Tat verhaftet werden konnte, warf gegen den Wagen des Mikado eine Bombe, ohne den Kaiser jedoch zu verletzen. Von der Bombe, die nicht explodierte, wurde ein Pferd der kaiserlichen Eskorte getroffen und leicht verletzt.

Die Polizei teilt zu dem Vorfall mit, dass der Täter Kommunist sei.

-----

SPD. Die städtische Volksbücherei in Köln hat den seltsamen Geschmack besessen, für ihre Bibliothek das berüchtigte Buch des französischen Leutnants Desgranges "In geheimer Mission beim Feind" zu erwerben. Das Buch enthält zahlreiche gerichtsnotorische Lügen über die deutsche Sozialdemokratie bzw. über führende Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei.

Man hat bisher nichts davon gehört, dass die Kölner Volksbücherei den Schmöcker des Herrn Desgranges hat einstampfen oder verbrennen lassen. Es wird höchste Zeit....

-----

SPD. Tokio, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Das japanische Kabinet Jnukai ist zurückgetreten. Ein Auftrag zur Neubildung der Regierung ist von dem Mikado bisher nicht erteilt worden.

-----

SPD. Köln, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Eisensteingrube "Bindeweide" bei Betzdorf im Siegerland, die den Krupp-Werken gehört, wird mit Genehmigung der Behörde sofort stillgelegt und unter Wasser gesetzt. Damit werden über 300 Bergleute arbeitslos.

-----

SPD. Am Freitag stand vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte wieder um die Klage gegen den Lokalredakteur des Berliner Nazi-Organs, Krause, wegen Verleumdung des Landtagsabgeordneten Kuttner an. Ein Termin am 30. Dezember war, wie seinerzeit mitgeteilt, wegen Ausbleibens des Angeklagten der Vertagung verfallen. Damals hatte der Angeklagte das Gericht böswillig irreführt mit der Behauptung, dass er schwer fieberkrank zu Bett läge, während er in Wirklichkeit zu Hause nicht anzutreffen war, sondern sich in der "Angriff"-Redaktion aufhielt. Das Gericht hatte daraufhin Vorführungsbefehl gegen Krause erlassen.

Der Termin am Freitag musste wiederum ausfallen, weil der Vorführungsbefehl gegen Krause nicht durchgeführt werden konnte. Der in der Wohnung von Krause erschienenen Polizei hatte die Ehefrau des Angeklagten mitgeteilt, dass ihr Mann bereits seit drei Tagen nicht zu Hause geschlafen habe. In der "Angriff"-Redaktion war Herr Krause wie gewöhnlich "gerade weggegangen".

Der Staatsanwalt beantragte nunmehr Erlass eines Haftbefehls. Dieser bedürfe nach dem Verhalten des Angeklagten keiner weiteren Begründung. Das Gericht erkannte nach dem Antrag des Staatsanwalts. Der Vorsitzende führte aus, dass der Angeklagte im ersten Termin ausgeblieben sei, um nicht zu sagen, das Gericht gröblich irreführt habe. Der Vorführungsbefehl habe nicht durchgeführt werden können. Hiernach seien die Voraussetzungen für den Erlass eines Haftbefehls ohne weiteres gegeben.

-----

SPD. Genf, 8. Januar (Eig. Drahtb.)

Die chinesische Regierung hat dem Völkerbundssekretariat am Freitag mitgeteilt, dass sich die Japaner in der Mandschurei weiter im Vormarsch befinden. Ihr Ziel sei, die letzten chinesischen Kräfte aus der Mandschurei zu vertreiben.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

## Die "Brüder" Sass

Wegen Vorbereitung der Münzfälschung zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

SPD. Franz und Erich Sass wurden vom Schöffengericht Berlin-Mitte am Donnerstag wegen Vergehens gegen den § 151 des St.B.G. zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf je anderthalb Jahre Gefängnis.

Um die Existenz der beiden Brüder Sass schwebt ein fast romantisches Geheimnis, das auch durch die Berliner Gerichtsverhandlung vom Freitag nicht gelöst worden ist. Nach wie vor weiss man nicht, ob Erich und Franz Sass als die "Bankräuber vom Wittenbergplatz in Berlin" zu gelten haben. Lange Zeit standen sie unter dem dringenden Verdacht, jenen raffiniert durchgeführten Einbruch bei der Disconto-Gesellschaft verübt zu haben. Den Tätern fielen damals grosse Geldsummen in die Hände; wegen mangelnder Beweise mussten die Brüder Sass jedoch ausser Verfolgung gesetzt werden.

Im Jahre 1930 hatte sich ein Berliner Gericht mit Erich und Franz Sass im Anschluss an einen anderen Vorfall zu beschäftigen. Die Brüder waren in einem Hause in der Flemmingstrasse in Berlin N bei geheimnisvollen Erdarbeiten überrascht worden. Man vermutete versuchten Einbruch. Die Brüder behaupteten jedoch, dass sie in dem Hause ein Versteck für ihre Pässe und andere Papiere anlegen wollten, da in ihrer Wohnung dauernd Haussuchungen stattfänden. Vom Gericht wurden sie wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Ein andermal waren die Brüder bei merkwürdigen Erdarbeiten auf einem Kirchhof in Charlottenburg ertappt worden. Franz und Erich Sass hatten an der Kirchhofsmauer einen regelrechten Unterschlupf gebaut - ein Verlies zur Aufbewahrung des Bankschatzes? Ein Schlupfwinkel? Demals konnte man ihnen überhaupt nichts nachweisen.

Jetzt standen Franz und Erich Sass wieder vor Gericht. Diesmal sah die Sache jedoch weniger harmlos aus. Als eines Tages die Brüder Sass, deren sprichwörtliches Schweigen bei allen polizeilichen und richterlichen Vernehmungen den Behörden immer wieder verdächtig erschien, eines Tages wieder den Besuch von Kriminalbeamten erhielten, fand man in ihrer Wohnung allerhand geheimnisvolles Material, das nach Ansicht des Gerichts zur Vorbereitung von Münzfälschungen geeignet war. Dieser Besuch war auf Grund der Anzeige eines Charlottenburger Fabrikanten erfolgt, bei dem die Brüder recht eindeutige Stempel bestellt hatten. Die Brüder Sass wurden verhaftet. Wieder waren sie schweigsam wie bisher immer. Ihr Verteidiger versuchte dem Untersuchungsrichter die Harmlosigkeit seiner Klienten nachzuweisen und beantragte Haftentlassung. Das Gericht lehnte den Antrag jedoch ab: die Anklagebehörde glaubte an die beabsichtigte Münzfälschung: man hielt Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr für gegeben.

Der hagere schwarzhaarige Erich und der rundliche blonde Franz verteidigten sich bei der Verhandlung am Freitag ruhig und nicht ungeschickt, wenn auch nicht mit jenem trockenen, überlegenen Humor, den man von ihrem früheren Auftreten vor Gericht von ihnen gewohnt ist. Sie hatten wohl selbst das Gefühl, dass diesmal die Indizien gegen sie sprechen. Mit Hartnäckigkeit be-

mühten sie sich im Verein mit ihrem Verteidiger, dem Gericht klar zu machen, dass das ganze Material, das bei ihnen gefunden wurde, dazu dienen sollte, die Möglichkeit der Passfälschung vorzubereiten. Der Verteidiger räumte auch die Möglichkeit einer "Vorbereitung zur Erwerbung der Kenntnis der Herstellung falschen Papiergeldes" ein, gab aber zu bedenken, dass die bei den Brüdern aufgefundenen Wasserzeichen, Trockenstempel, Klichees und sonstigen Materialien bei der Herstellung falscher Pässe notwendig seien - seine Klienten wären doch Geschäftsleute, ausserdem seien sie nun einmal sehr reiselustig.

Erich Sass: "Ich wollte einen Gummistempel haben, um ein Papier für die Herstellung eines PASSES zu grundieren. Unsere Pässe waren von unseren Angehörigen verbrannt worden. Die Polizei wollte uns keine neuen geben." Vors.: "Sie haben aber beim letzten Haftprüfungstermin anders ausgesagt. Sie haben behauptet, Sie wollten falsche Geldscheine, sogenannte Blüten, herstellen, um sie zu Reklamezwecken zu gebrauchen." Erich Sass: "Ja, das wollte ich auch. Wenn es mir gelungen wäre, einen Pass herzustellen, wollte ich auch solche Blüten machen." Franz Sass: "Wir brauchten die Pässe, weil wir nach Russland wollten - man kann nie wissen; falls uns mal der Boden zu heiss unter den Füssen wird... Wir wollten ja auch mit dem Auto, das wir vermieteten, Auslandsreisen unternehmen."

Die Brüder Sass behaupten nämlich, vom Autovermietgeschäft zu leben. Als sie jedoch, vom Vorsitzenden befragt, auch nur einen einzigen Kunden nennen sollten, blieben sie die Antwort schuldig.

+

Der Staatsanwalt bezeichnete die Angaben der Angeklagten als "erlogen" und als "Kindermärchen". Er sah es für bewiesen an, dass die Brüder Sass falsches Geld herstellen und in Verkehr bringen wollten. In der Tatsache, dass die Brüder keine befriedigende Auskunft über ihr Einkommen geben konnten, erblickte der Vertreter der Anklagebehörden gleichfalls ein belastendes Moment.

Darauf der Verteidiger: "Sind die Brüder Sass die Discontoräuber und Besitzer einer Millionenbeute, dann haben sie nicht nötig, Zehnmarkscheine zu fälschen. Sind sie es nicht, dann werden sie nicht so dumm sein, den Verdacht gegen sich durch Vorbereitung einer Münzfälschung zu verstärken: "Sie mussten ja stets mit polizeilichen Haussuchungen rechnen. Aber davon abgesehen: Wo ist das ganze andere Material, das zur Herstellung von falschen Zehnmarkscheinen notwendig ist?"

+

Das Gericht, das zur Verurteilung der Angeklagten zu je einem Jahr Gefängnis kam und die Aufrechterhaltung des Haftbefehls verfügte, berief sich in seinem Urteil auf das (unter Ausschluss der Öffentlichkeit erstattete) Gutachten des Sachverständigen Kriminalkommissar Liebermann vom Falschgelddezernat der Berliner Kriminalpolizei. Für seine Stellungnahme war dem Gericht besonders massgebend, dass die aufgefundenen Trockenstempel und Wasserzeichen (im Gegensatz zur Darstellung der Verteidigung) so beschaffen gewesen seien, dass sie ganz offenbar nicht für Pass- sondern für Geldfälschungen in Anwendung kommen sollten. Die Brüder blickten während der Verkündung des Urteils recht traurig drein; gleich nach der Begründung erklärten sie Berufung einlegen zu wollen.

+

+

+

Blutdrama in Berlin. Am Freitag-Morgen wurde in der Lutherstrasse in Berlin W. der 34-jährige Kaufmann Josef Gerl aus Wien, der wiederholt wegen Taschendiebstahls aus Deutschland ausgewiesen worden war, erschossen. Der Mörder konnte flüchten, wurde jedoch am Freitag-Mittag in einer Pension des Berliner Westens verhaftet. Es ist der 21-jährige ungarische Staatsangehörige Alexander Arba, gebürtig aus Marmaros (Rumänien). Arba, der wegen Taschendiebstahls vor-

est. aft ist, ist wiederholt in Berliner Varietés als Zauberkünstler und Ke-  
ensprenger aufgetreten.

Der Getötete war in Wien mit der aus Königsberg stammenden Filmschauspie-  
lerin Vera Baltrack verheiratet. Seine Frau hatte ihn jedoch verlassen, nach-  
dem sie von seinen kriminellen Verfehlungen erfahren hatte, und war nach Ber-  
lin gezogen. Gerl reiste ihr mit Hilfe eines Passes seines Bruders Ludwig  
nach Berlin nach; hier lebte er unangemeldet. Er stellte fest, dass seine Frau  
bei ihrer Schwester und zwei Männern namens Toni und Arba lebte. Gerl versuch-  
te nun immer wieder mit seiner Frau zusammenzukommen, wobei ihm aber seine  
Freunde im Wege zu stehen schienen. Am Tage vor dem Mord überfiel er Toni und  
verletzte ihn durch mehrere Messerstiche am Kopf so schwer, dass er immer nicht  
vernehmungsfähig ist. Am Freitag morgen hat Gerl nun seine Frau, die sich unter  
den Schutz Arbas begeben hatte, auf offener Strasse überfallen und bedroht.  
Vera Baltrack konnte fliehen, während Arba befürchtete, erstochen zu werden.  
In einem Augenblick höchster Notwehr will er schliesslich blindlings geschos-  
sen haben. Bei dem Getöteten wurde ein Dolch gefunden.

+ + +  
Hoffmanns Drill. In der Freitag-Sitzung des Berliner Sklarek-Prozesses  
verteidigte der angeklagte Stadtbankdirektor Hoffmann seine These, dass er  
im geschäftlichen Verkehr mit der von ihm bevorschussten Firma Sklarek des-  
halb bedenkenlos gewesen sei, weil es sich bei der von den Sklareks beliefer-  
ten Berliner Anschaffungsgesellschaft um eine städtische Gesellschaft gehan-  
delt habe. Vors.: "Aber ein telefonischer Anruf hätte doch genügt um festzu-  
stellen, dass für die Schecks der Sklareks auch nicht ein Pfennig Deckung  
vorhanden war." Hoffmann: "Aber Herr Vorsitzender, die Beamten waren von mir  
doch so eingedrillt, dass nach menschlichem Ermessen alles klappen musste."  
Vors.: "Da ist eben ihr ganzer Drill nichts wert gewesen und Sie können sich  
auf die Ausbildung Ihrer Beamten nichts einbilden". Es wurde dann weiter fest-  
gestellt, dass die auf Luftgeschäften beruhenden Schecks der Firma Sklarek,  
die für die Stadtbank die Kreditunterlage bildeten, in verschlossenen Brief-  
umschlägen bei der Stadtbank hinterlegt wurden und (nach Aussage des ange-  
klagten Sklarek-Buchhalter Lehmann) genau so im verschlossenen Umschlag wieder  
zurückkamen. Die beiden Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmidt haben sich  
um den Inhalt der Briefumschläge überhaupt nicht gekümmert. Einmal kam durch  
Zufall ein Blankoformular in einen solchen Briefumschlag; niemand hat davon  
etwas gemerkt...

+ + +  
Zwei Frauen verbrannt. In Annemasse in der Nähe von Genf hatten zwei  
Frauen ihre Kleider in der Nähe eines brennenden Ofens mit Benzin gereinigt.  
Plötzlich erfolgte eine Explosion. Die Frauen verbrannten bei lebendigem Leibe.

+ + +  
Nazi-Theater pleite. Das Berliner "Deutsche Nationaltheater" der NSDAP,  
das im "Theater am Schiffbauerdamm" ein nur kurzes und künstlerisch recht un-  
rühmliches Gastspiel gab, hat seine Pforten wieder geschlossen. Die Leitung  
des Theaters hat der Theaterabteilung des Berliner Polizeipräsidiums mitgeteilt  
dass ihre Mittel erschöpft seien. Mit bombastischer nationalistischer Propa-  
ganda, begleitet von Attraktions- und Hetzreden der Göbbels und Hinkel, war der  
Laden lärmend aufgemacht und mit Leo Lenz' "Heimlicher Brautfahrt" zuletzt  
zu füllen versucht worden. Aber selbst diese harmlose Brautfahrt konnte die  
Fahrt in die Pleite nicht verhindern.

+ + +  
Aufräumen um Dessau. Die Mulde bei Dessau ist auf 3,50 Meter gesunken, aber  
die Elbe, wie erwartet, auf 4,05 Meter gestiegen: Hochwassergefahr besteht jedoch  
nicht mehr. Inzwischen konnte mit den Aufräumarbeiten begonnen werden. Am mei-  
sten gelitten haben die Dessauer Mühlen; verschiedentlich sind Mauern einge-  
stürzt. Stark beschädigt ist auch der jetzt wieder freiliegende Wall zwischen  
Dessau Ost und Dessau West.



## Der Kohlenkrieg.

### Die Gefahr sozialer Schlagwetter.

SPD. In Genf verhandelt man zurzeit wieder einmal über die Kohlenfrage. Beim Internationalen Arbeitsamt beschäftigt man sich in zwischenstaatlichen, Besprechungen mit der Arbeitszeitverkürzung; denn das Abkommen der Internationalen Arbeitskonferenz zur Beschränkung der Arbeitszeit auf sieben Stunden 45 Minuten ist noch nicht ratifiziert. Unter der Leitung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes wird in den nächsten Tagen erneut eine Kohlenkonferenz zu den wirtschaftlichen Fragen des Kohlenkriegs Stellung nehmen, der von Tag zu Tag gefährlichere Formen annimmt. Eine internationale Absatz- und Marktverständigung in der Kohlenfrage ist noch immer nicht geschaffen.

Werden diesmal die Genfer Verhandlungen einen Weg zum Kohlenfrieden anbahnen? Zeit wär's; denn die grossen Kohlenreviere in Europa verwandeln sich zusehends in Herde der sozialen Revolution. Die Bergarbeiter sind seit Jahr und Tag die Leidtragenden der wilden Konkurrenz auf dem internationalen Kohlenmarkt. Seit Jahren wütet der Kohlenkrieg in Europa. Seit Jahren kämpft man erbittert um den Markt. Seit Jahren ist sich alle Welt darüber im klaren, dass im Kohlenbergbau eine wirtschaftspolitische und sozialpolitische internationale Verständigung dringend notwendig ist. Die Bergarbeiter aber warten und warten immer noch auf Abhilfe. Den Regierungen fehlt die Entschlusskraft, und die Arbeitgeber sind nur für den technischen, nicht aber auch für den sozialen Fortschritt im Bergbau zu haben. Die Kluft zwischen dem technischen Fortschritt und dem sozialen Rückschritt ist daher im Laufe der Jahre nicht kleiner, sondern grösser geworden. Der Schichtförderanteil, d.h. das Leistungsergebnis pro Mann und Schicht im Bergbau, stieg von 946 Kilogramm im Jahre 1925 auf 1538 Kilogramm im Oktober 1931. Während vor dem Krieg in jeder Tonne Ruhrkohle rund 6 Mark Lohnkosten steckten, kommen heute trotz des verringerten Geldwertes nur 5 Mark in Frage. Die Maschinisierung des Bergbaus hat auf der einen Seite die Arbeit des Bergmanns produktiver gemacht, auf der anderen aber nicht sein Los erleichtert. Die riesenhafte Vermehrung der schweren Pressluftwerkzeuge hat die Arbeit erschwert, vor allem die gesundheitlichen Schäden gesteigert. Die Zunahme der Nerven- und Ohrenkrankheiten beweist es. Das Brot des Bergmannes ist bei allem technischen Fortschritt ein sehr hartes Brot geblieben. Ja, dieser technische Fortschritt ist dank der sozialpolitischen Rückständigkeit der Arbeitgeber und Regierungen für den Bergmann zu einer Geissel geworden. Das Nettorealeinkommen des Ruhrbergmannes steht trotz erhöhter Leistung unter dem Stand von 1913; dabei ist der Ruhrbergmann noch nicht einmal so schlimm dran wie seine Arbeitskollegen in anderen Bergrevieren. In Niederschlesien und Ibbenbüren beträgt z.B. nach der Notverordnung der Reparaturlohn nicht wie im Ruhrgebiet 5,90 Mark, sondern nur noch 4,22 Mark, und im bayerischen Bergbau sinkt er sogar auf 3,98 Mark. Neben fürchterlichem Lohndruck bedroht den Bergmann immer unheimlicher die Arbeitslosigkeit. Zweihunderttausend beschäftigten Ruhrbergarbeitern stehen heute 100 000 arbeitslose Berufskameraden gegenüber. Schliesslich verfolgt den Bergmann auch noch das Gespens des Hungertodes im Alter. Was soll aus ihm werden, wenn er eines Tages wegen Invalidität und Alter abgemustert wird, die Knappschaft ihm aber keine nennenswerte Hilfe bieten kann. Infolge des gedrosselten Beschäftigungsgrades steht die Knappschaft, die Sozialversiche-

rung der Bergarbeiter, ohne Reichshilfe vor dem Bankrott.

Im Bergbau ist eine Synthese zwischen technischer und sozialer Entwicklung eine unbedingte Notwendigkeit. Mit Lohnabbau ist das Kohlenproblem am allerwenigsten zu lösen. Lohnabbau verschlimmert nur das Uebel. Will man den Bergmann in die Verzweiflung treiben? Jede getretene Kreatur hat das Recht der Notwehr. Wenn der Bergarbeiter den kommunistischen Unsinn eines Streiks um jeden Preis nicht mitgemacht hat, so ist er deswegen nicht mürbe. Hinuntergewürgte Wut ist gefährlich, Die Regierung und die Arbeitgeber spielen im Kohlenbergbau mit dem Feuer. Lassen sie den Kohlenkrieg weiter wüten, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn eines Tages in den Grubenrevieren Explosionen zum Ausbruch kommen. Soziale Schlagwetter liegen in der Luft.

-----

SPD. Bei einer Besprechung zwischen dem Verband der ostoberschlesischen Knappschaftsvereine und den Knappschaftsältesten gab der Direktor der Anstalt bekannt, dass die Knappschaft im vergangenen Jahre einen Fehlbetrag von 6 Millionen Zloty zu verzeichnen hatte. Der Fehlbetrag sei eine Folge des ständigen Beschäftigungsrückganges. Im neuen Jahr werde wahrscheinlich ein weiterer Verlust von etwa 6,5 Millionen Zloty entstehen, sodass für Ende 1932 mit einem Gesamtfehlbetrag von 12,5 Millionen gerechnet werden müsse. Die zur Verfügung bleibenden Reserven bezifferten sich auf insgesamt 7,5 Millionen Zloty. Eine Herabsetzung der Knappschaftsleistungen um mindestens 15 Prozent sei also unvermeidlich. Da jedoch auch diese Leistungskürzungen zur Ausgleichung des Etats nicht hinreichten, müsse ein Restbetrag von den Arbeitgebern und der Regierung aufgebracht werden.

Von Seiten der Knappschaftsältesten wurde gegen die beabsichtigte Kürzung der Leistungen nachdrücklichst Einspruch erhoben. Am Sonntag wird in einer Generalversammlung zur Sanierungsfrage erneut Stellung genommen.

Der Arbeitgeberverband der ostoberschlesischen Montanindustrie hat den Lohntarif für die Steinkohlengruben und die Grubenkokereien mit Wirkung zum 31. Januar gekündigt. Der Verband will nicht nur den Lohn kürzen, sondern auch die Belegschaften verkleinern. Die Entlassungen sollen im Laufe der nächsten Monate etappenweise folgen. Diese Pläne der Unternehmer haben unter den Bergarbeitern stärkste Erbitterung hervorgerufen.

-----

SPD. Die Befreiung der im Ruhrkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 31. Dezember 1931 hinaus bis zum 31. März 1932 verlängert worden.

-----

SPD. Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale befasste sich auf seiner Tagung im Internationalen Arbeitsamt in Genf u. a. mit einem Antrag der schwedischen Erzbergarbeiter, der eine besondere Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Erzbergarbeiter im Rahmen der Bergarbeiter-Internationale verlangt. Dem Antrag wurde durch Vervollständigung einer bereits laufenden internationalen Enquête über die Bedingungen dieser Arbeiter entsprochen. Der nächste ordentliche Kongress der Bergarbeiter-Internationale wurde für die Zeit vom 2. bis 5. August nach London einberufen. Er soll zu den Ergebnissen der wirtschaftlichen Kohlenberatungen des Völkerbundes und zur internationalen Angleichung der Arbeitsbedingungen im Kohlen-



und Erzbergbau Stellung nehmen.

Das Exekutivkomitee wird am Sonnabend mit der Vorbereitung der bevorstehenden Kohlenkonferenz des Völkerbundes beginnen und in einer Entschliessung gegen die Verzögerung der Ratifikation des 7 3/4-Stunden-Abkommens Front machen.

---

SPD. Im Ullstein-Betrieb, wo die Kommunisten einen wilden Streik wegen des Lohnabbaus vom Zaun brachen, haben die freigewerkschaftlich organisierten Hilfsarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik wird von den im Graphischen Kartell vereinigten Gewerkschaften nicht gebilligt.

Der von den Kommunisten angezettelte Streik auf den Norddeutschen Kohlen- und Kokswerken A.G. (Hamburg) ist von den organisierten Arbeitern einstimmig verurteilt worden. Der normale Betrieb in den Werken wird wieder aufgenommen.

Die Kommunisten zetern unaufhörlich über "Streikbruch der Bonzen". Die Gewerkschaften denken nicht daran, sich von den Kommunisten vorschreiben zu lassen, wo und wann und wie ein Streik durchgeführt wird. =

---

SPD. Wie in Berlin, im Ruhrrevier und an der Wasserkante, so versuchte die RGO auch in Mitteldeutschland ihren "Generalstreik" anzukurbeln. In Mitteldeutschland hatte sie es vor allem auf die Leuna-Belegschaft abgesehen. In den Leunazügen und vor den Werkstoren wurden Flugblätter verbreitet, in welchen die Belegschaft aufgefordert wurde "gegen Lohnraub und für Erhaltung des Tariflohnes in den Streik einzutreten." Die Parole der Patentrevolutionäre wurde jedoch von niemand befolgt. Auch nicht ein Leuna-Arbeiter trat in den - tagelang vom Halleschen Kommunistenblatt grossmäulig angekündigten - Generalstreik.

In der letzten Betriebsratsitzung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass nicht einmal die führenden RGO-Leute die neueste kommunistische Parteiparole befolgt haben. Daraufhin erklärte der Arbeiterratsvorsitzende und RGO-Führer Schulze, dass er und seine RGO-Freunde mit der Streikparole nichts zu tun hätten und sie ebenfalls ablehnten. =

So sind sie, die kommunistischen Helden: Sie hetzen die Arbeiter in einen aussichtslosen Kampf; ihre grösste Sorge dabei ist aber, die eigene Haut nicht zu Markte zu tragen.

---

SPD. Mit der Frage der Schwarzarbeit beschäftigte sich dieser Tage der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates. Veranlassung dazu war ein Antrag einer Landesregierung auf Nachprüfung der Bestimmungen über die Schwarzarbeit. Der Ausschuss wird zunächst einige Sachverständige aus dem Kreis der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und der Behörden hören.

Was ist Schwarzarbeit? Sie ist Beschäftigung von Arbeitern, für die keinerlei Sozialbeiträge bezahlt werden, oder sie besteht in der Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses in den Abendstunden nach Absolvierung einer normalen Arbeitszeit, in einem anderen Betrieb. In all diesen Fällen wird untertariflich bezahlt. Unter den Begriff Schwarzarbeit fallen auch die Fälle, in denen systematisch unter Ausschaltung des Tarifvertrages gearbeitet wird.

# Wirtschaft Technik Ganze

Kontrolliert die Hausse!

-----  
Wirklich Stimmungsumschwung oder nur Beutelschneiderei?

SPD. Und nun gibt es doch die übliche Neujahrshausse! Unsere Zeit ist eben reich an Ueberraschungen. Niemand hat wohl ernsthaft geglaubt, dass auch in diesem Jahr die übliche Januarhausse an den internationalen Börsen einsetzen werde. Nicht, dass die Welt zu arm sei, Aktien zu äusserst niedrigem Kurs zu kaufen. Das behaupten nur die Finanziere bei den in Gang befindlichen internationalen Verhandlungen, um sich gegenseitig das Fell über die Ohren zu ziehen. Es liegt viel Geld im Strumpf. Geld, das nicht benutzt wird. Die gegenwärtige internationale Börsenhausse beweist das.

Aber wenn man diesesmal nicht mit der üblichen Neujahrshausse rechnet, dann deshalb, weil das Angebot von Aktien überall an den Börsen zu riesenhaft ist und weil das Vertrauen fehlt. Und trotzdem ist die Hausse durchgebrochen. Eine Hausse in Aktien, in Staatsanleihen, Bank- und Industrieobligationen. Nicht nur in New York, sondern auch in London und selbst an den deutschen Schwarzbörsen.

Man motiviert sie ganz verschieden. Die einen verweisen auf eine englisch-französische Einigung hinsichtlich eines deutschen Moratoriums, die andern auf die Absicht der amerikanischen Regierung, durch ein grosses Arbeitsschaffungsprogramm die bisherige Deflationspolitik zu mildern. Die Zügel in der Kreditgewährung werden auch in Amerika nicht mehr so straff angezogen wie vorher. Es liegen auch günstige Berichte aus der nordamerikanischen Wirtschaft vor. Das alles hat sich zur Hausse an den Börsen verdichtet.

Handelt es sich wirklich um ein Zeichen des wiederkehrenden Vertrauens? Hat die Fieberkurve in der kapitalistischen Wirtschaft ihren Höhepunkt erreicht?

Noch geht die Hausse weiter und wie ihr Ablauf ist, danach wird man diese Fragen beantworten können.

Die Hausse hat nicht nur die deutschen Schwarzbörsen belebt, sondern deutsche Papiere sind wieder - nach langen Monaten - Kaufobjekte des Auslands geworden. Deutsche Wertpapiere konnten an den internationalen Börsen geradezu sprunghaft anziehen. Dawes- und Younganleihe sogar in einer einzigen Woche um 20 bis 25 Prozent ihres Wertes vor Jahresschluss. Alles das ist nicht ohne Gefahren und die Gefahren hängen mit der Natur der Hausse zusammen. Die augenblicklichen Vorgänge haben gefährliche Parallelen in der Vergangenheit. Fliesst der deutschen Wirtschaft mal wieder Geld zu, das, wenn die Hausse jäh abbricht, ihr wieder entzogen wird und das Krisenbild verschärfen muss? Es handelt sich eben beim Kauf von Börsenpapieren um einen ausgesprochen kurzfristigen Kredit, der sich mit Ende der Hausse von selbst liquidiert. Das ist die eine Gefahr.

Die andere Gefahr geht die Kreise an, die die Börse bei uns beherrschen und die immer geneigt waren, optimistischere Stimmung und Haussen, wie die gegenwärtige, zu ihrem Vorteil zu missbrauchen. Zum Jahresschluss erhalten die Sparer, die ihre Wertpapiere noch nicht verkaufen mussten, die Zinsertragnisse für festverzinsliche Werte ausgezahlt. Es kommt Geld an den Markt. Die Ge-

fahr droht, dass dieses Geld zu übertrieben hohen Kursen in Aktien oder Obligationen angelegt wird. Sind die Kurse genügend hoch gestiegen, dann hat sicherlich ein gewisser Interessenkreis sein Schäfchen ins Trockene gebracht. Dann ist es mit der Hausse vorbei. Dann entstehen neue Börsenverluste, die - und darüber sollte man sich an verantwortlicher Stelle klar sein - nicht mehr getragen werden können. Auch nicht mit Hilfe von Staatsmitteln. Dieses Kunststückchen, die Sparer zum Aktienkauf zu verlocken, haben sich ja gerade die deutschen Banken in den letzten Jahren des öfteren geleistet. Damals war es noch möglich. Heute müssen grosse volkswirtschaftliche Schäden entstehen. Deshalb muss gefordert werden, dass die verantwortlichen Stellen in Deutschland sich um eine Kontrolle der gegenwärtigen Hausse bemühen.

Es handelt sich bei der gegenwärtigen Haussebewegung keineswegs um geringfügige Objekte, wie der Aussenstehende annehmen möchte. Das beweisen zwei Beispiele, die sich in den letzten Tagen an der Berliner Schwarzborse abgespielt haben. Aus dem Besitz eines zusammengebrochenen Privatbankhauses, das jahrelang eine angesehene Stellung einnahm, konnten ohne alle Schwierigkeiten und zu einem gegenüber dem erreichten Tiefstand erheblich gebesserten Kurs nicht weniger als 1 Million Aktien der Vereinigten Stahlwerke (Ruhrtrust) und 40 000 Mark Aktien der Phönix-Bergbau A.-G. abgestossen werden. Zwei Berliner Privatbanken und eine Grossbank waren die Vermittler und damit Grossverdiener an dieser Transaktion.

Hinsichtlich der internationalen Beteiligung an der deutschen Hausse ist festzustellen, dass gerade französische Kapitalisten stark am Markte sind. Gewöhnlich wird der Umweg über Holland gewählt. Sicherlich handelt es sich dabei vielfach um wilde Spekulationen, die hinsichtlich des künftigen Geschäftes mit Deutschland bedenkliche Auswirkungen haben können. Wenn auch die französische Regierung zu verheimlichen versucht, so steht doch fest, dass sie bereits Milliarden von Franken in insolvente Banken stecken musste, und es ist ein schlechter Trost und ein ungenügendes Äquivalent für die französische Staatskasse, dass man bis jetzt etwa 150 französische Bankiers hinter die schwedischen Gardinen setzte.

Aber abgesehen von diesen wilden Spekulationen wird es sich bei den gegenwärtigen Aktienaufkäufen durch französische Kapitalisten um Geschäfte handeln, die ihre guten Gründe haben. Die französische Industrie hat nicht umsonst mit Vertretern der deutschen Industrie verhandelt. Die Franzosen haben durch diese Verhandlungen ohne Zweifel tiefe Einblicke in die deutsche Wirtschaft erhalten. Man ist überzeugt, dass Deutschland die glänzendst ausgerüstete Industrie in der Welt besitzt und dass diese Industrie nach Liquidierung der Weltwirtschaftskrise und bei der Ankurbelung der Wirtschaft auf den Weltmärkten ein wichtiges Wort mit zu sprechen hat. Die Franzosen haben erkannt, welche Kräfte in der deutschen Wirtschaft jetzt ungenutzt schlummern. Man braucht nicht sofort daran denken, dass die gegenwärtigen französischen Aktienaufkäufe das letzte Ziel haben, sich Einfluss auf diese Kraftreserve in Deutschland zu sichern. Mehr als der Wunsch nach Machteinfluss dürfte die Kalkulation ausschlaggebend sein, sich eine Beteiligung an späteren Gewinnen zu sichern.

Das ist wohl in vielen Fällen das Motiv für solide Aktienaufkäufe durch französische Kapitalisten und diese Aktien werden wohl sobald nicht mehr auf den Markt gelangen. Sie bedeuten für die deutschen Märkte eine Entlastung.

SPD. In dem üblichen Rückblick auf das verflossene Jahr teilt die deutsche Reichsbahngesellschaft mit, dass sich in den Einnahmen während des Jahres 1931 gegenüber dem Höchststand von 1929 ein Rückgang von 1,5 Milliarden Mark = 28 Prozent ergeben hat. Bereits im Jahre 1930 waren die Einnahmen von ihrem Höchststand von 5 354 Millionen Mark auf 4 570 Millionen Mark, d.h. um 15 Prozent zurückgegangen, das Jahr 1931 hat einen weiteren beträchtlichen Rückgang auf 3 860 Millionen Mark gebracht. Der Hauptteil der Mindereinnahmen entfällt auf den Güterverkehr, der gegenüber 1929 schon im Jahre 1930 eine Minderung von 646 Millionen Mark erfahren hatte und im Jahre 1931 nochmals um rund 525 Millionen Mark auf 2 315 Millionen Mark zurückgegangen ist. Für 1931 wird sich wahrscheinlich ein Defizit von 500 Millionen Mark ergeben.

Im Personenverkehr (allgemeiner Verkehr) stellen sich die Einnahmen auf 85,9 Prozent, die Zahl der beförderten Personen auf 84,2 Prozent und die Personenkilometer auf 84,7 Prozent gegenüber 1930. Wie im Vorjahr ist der Anteil der Holzklasse an den Einnahmen und Verkehrsleistungen gestiegen. Geleistet wurden im Jahre 1931 = 421 Millionen Zugkilometer. Das sind 0,5 Prozent weniger als im Vorjahr.

Der Güterverkehr blieb im Jahresergebnis mit etwa 14 Prozent hinter dem Verkehr des Vorjahres zurück. An den Wagenstellungszahlen gemessen hat der Verkehr im Jahre 1930 um 15 bis 20 Prozent, im Jahre 1931 um 30 bis 35 Prozent abgenommen.

Aeusserst interessant ist, wie die Reichseisenbahn die Mindereinnahmen auszugleichen versucht. Die angewandten Methoden sind sicherlich der Ausdruck einer äusserst schlechten Wirtschaftspolitik. Man hat ungebührlich an Löhnen und Gehältern zu sparen versucht, setzte sich aber mit den überhöhten Preisen für die von der Reichsbahngesellschaft benötigten Materialien nicht genügend auseinander, was bei der Art des zentralen Ankaufs, trotzdem die Reichsbahngesellschaft in ihrem Bericht versichert, dass sie auf die Preisgestaltung keinen Einfluss habe, ohne Zweifel möglich gewesen wäre. Diese Politik einer fast unbegreiflichen Zurückhaltung hat sich auf den Arbeitsmarkt in Deutschland nicht gerade günstig ausgewirkt.

Die Dinge entwickelten sich so, dass der durchschnittliche Personalstand der Reichsbahngesellschaft im Jahre 1930 von rund 682 000 Köpfen um 4,6 Prozent auf rund 651 000 Köpfe gesenkt wurde. Gegenüber der Vorkriegskopfzahl der Staatsbahnen (rund 692 714) auf die neuen Grenzen bezogen, bedeutet das einen Abbau um 6 Prozent und gegenüber dem Personalthöchststand im Jahre 1919 (rund 1 122 505) sogar einen Abbau um 42 Prozent. Dabei sei, wie die Reichsbahngesellschaft versichert, man bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Man griff weiter zur Einlegung von Feierschichten und zu Lohn- und Gehalts-senkungen. Durch zwei Lohnsenkungen im Jahre 1931 entlastete die Reichseisenbahngesellschaft das Lohnkonto allein um 81,7 Millionen Mark. Wenn die Bestimmungen der 4. Notverordnung in diesem Jahre durchgeführt sind, werden im Jahre 1932 die Besoldungs- und Ruhegehälter gegenüber ihrem Höchststand vom Jahre 1928 um nicht weniger als 363 Millionen Mark, die Löhne der Arbeiter gegenüber ihrem Höchststand im Jahre 1929 um 313 Millionen Mark herabgesetzt sein. Das sind insgesamt rund 676 Millionen Mark. Die Summe klingt schier ungeheuerlich und man kann sich einen Begriff machen, wie eine derartige Malträtierung der Kaufkraft auf die allgemeine Wirtschaft zurückwirken muss. Für das Jahr 1931 erreichte die Reichsbahngesellschaft durch diese Pferdekur einen Rückgang der persönlichen Ausgaben um 12,8 Prozent.

Dieselbe Energie hat die Reichsbahn vermessen lassen, um bei den Sachausgaben zu sparen. Obwohl ausdrücklich festgestellt wird, dass hier, nach dem Stande vom Dezember 1931, die Preise der meisten Erzeugnisse, die die Reichsbahn benötigt, noch wesentlich über der Grosshandels- und der Lebenshaltungsziffer liegen. Die Industrie benutzt also, was bei ihrem Einfluss auf die Reichsbahn nur all zu verständlich ist, die Reichseisenbahn,

um sie mit überhöhten Warenpreisen zu bedienen. Mehr Energie in punkto Preisdruck hätte die Rosskur im Personal- und Lohnabbau mildern können. Aber es stellt sich bei dieser Preispolitik auch noch eine direkte ungünstige Einwirkung auf die Arbeitsmärkte heraus. Die Reichsbahn stellt nämlich in ihrem Bericht fest, dass angesichts der überhöhten Preise "nichts anderes übrig blieb als eine starke Drosselung des Umfangs des Arbeits- und Beschaffungsprogrammes". Die unsinnige Preispolitik der Industrie und die unbegreifliche Zurückhaltung der Reichseisenbahngesellschaft ist tatsächlich mit zusätzlicher Arbeitslosigkeit bezahlt worden. Insgesamt ist das Arbeits- und Beschaffungsprogramm der Reichsbahngesellschaft 1931 gegenüber 1930 um 27 Prozent und gegen 1929 um 31 Prozent eingeschränkt worden.

-----

SPD. Der Reichsverband der Deutschen Automobilindustrie gibt in einem Ueberblick über die Kraftfahrzeugproduktion im Jahre 1931 die Gesamterzeugung von Kraftwagen in Deutschland mit 76 000 gegen 93 900 im Vorjahr an. (Rückgang = 19 Prozent). Davon entfielen auf deutsche Fabriken 65 800 Einheiten gegenüber 71 000 im Jahre 1930 (Rückgang = 7,3 Prozent). Der Zusammenbau in den Montagewerkstätten ausländischer Firmen (im wesentlichen Citroën, Ford und General Motors) musste von 22 750 auf etwa 10 250 eingeschränkt werden. Der Rückgang beträgt also hier 55 Prozent. Bei den ausländischen Montagebetrieben ist also eine äusserst starke rückläufige Entwicklung festzustellen, was der Reichsverband durch die andere Feststellung unterstreicht, dass es - hier spielen die Berliner Autoausstellung und die von der deutschen Produktion gezeigten technischen Neuerungen eine Rolle - gelungen sei, "die ausländische Konkurrenz auf dem innerdeutschen Markt zurückzudrängen". Von der Produktion der deutschen Fabriken entfallen etwa 56 300 (1930 = 61 150) auf Personenkraftwagen und 9 500 (1930 = 9 950) auf Lastkraftwagen.

Stärker gefallen als die Wagenerzeugung ist die Kraftradproduktion. Hier dürften wohl die abnehmende Kaufkraft in der breiten Bevölkerung, die starken Lohn- und Gehaltssenkungen ausschlaggebend sein. 1931 wurden etwa 14 000 Grosskrafträder und 25 800 Kleinkrafträder hergestellt gegen 35 300 bzw. 41 000 im Jahr vorher. Weitaus grösser als der mengenmässige Ausfall ist der Rückgang des Wertes der Kraftfahrzeugproduktion. Der Gesamtwert der Kraftfahrzeugproduktion dürfte 1931 kaum wesentlich über 500 Millionen Mark liegen gegenüber 600 bis 700 Millionen Mark im Jahre vorher und 990 Millionen Mark im Jahre 1929. Im Zusammenhang mit der Verringerung der Erzeugung wird auf die erneute Belastung des Kraftverkehrs verwiesen. In den Herbst- und Wintermonaten seien in manchen Bezirken mehr als 25 Prozent der zugelassenen Fahrzeuge stillgelegt worden.

Interessant ist auch das Verkaufsergebnis. Hier taucht das Problem des sogenannten Altwagens auf, das für die Fabriken immer brennender wird. Trotz dem haben sie sich bis jetzt um eine Lösung dieses Problems nicht bemüht.

Auf dem Inlandsmarkt wurden 1931 etwa 56 000 Personenwagen (1930 = 82 000) und 12 600 Lastkraftwagen (1930 = 16 100) abgesetzt. Der Anteil der ausländischen Marken am Inlandsabsatz ist bei den Personenkraftwagen von 28 auf 18 Prozent und bei den Lastkraftwagen von 37 auf 33 Prozent zurückgegangen. Von deutschen Marken wurden demnach etwa 54 bis 55 000 Einheiten zugelassen, davon 46 000 Personenwagen (im Vorjahr 59 100) und 8 500 Lastkraftwagen (im Vorjahr 10 140). Durch erhebliche Exportsteigerung wurde der Rückgang auf dem deutschen Markt stückmässig z.T. wieder ausgeglichen. Im Jahre 1931 wurden 3 600 Personenwagen und etwa 1 250 Lastkraftwagen mehr ausgeführt als im Jahre vorher. Der Absatz von Grosskrafträdern (über 200 Kubikzentimeter Hubraum) blieb im Jahre 1931 mit 53,3 Prozent hinter dem Vorjahr und mit 71,6 Prozent hinter dem Jahre 1929 zurück. Verhältnismässig besser hielt sich der Absatz von Kleinkrafträdern, der um 25,6 Prozent gegen 1930 und um

...1 Prozent gegen 1929 sank.

Der Absatz von gebrauchten Fahrzeugen ist gegen 1930 prozentual und absolut gestiegen. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Zulassungsstatistik wurden im Jahre 1931 etwa 167 000 gebrauchte Personenwagen registriert gegen 147 000 im Jahre 1930. Der Anteil der fabrikneuen Fahrzeuge am Absatz von Personenwagen betrug in den Monaten September bis November 1930 etwa 27 bis 31 Prozent, in den gleichen Monaten des Jahres 1931 nur noch 19 bis 24 Prozent. In der gleichen Zeit ging der Anteil der fabrikneuen Lastkraftwagen von 27 bis 28 Prozent auf 17 bis 20 Prozent zurück. Die Zunahme des Anteils der leichteren Fahrzeuge auf Kosten der schweren hält an.

-----

SPD. Ende August 1931 gingen die Stickstoffwerke Waldenburg in Konkurs. An diesen Werken war der Fürst von Pless, der grösste Grubenbesitzer im Niederschlesischen Revier, mit 25 Prozent beteiligt. Die Folge war, dass der gesamte Plesskonzern in Schwierigkeiten geriet, mit denen er heute noch zu kämpfen hat. Inzwischen setzte die Verwaltung der Konkursmasse ein und die Art und Weise, wie diese Konkursverwaltung durchgeführt wird, muss das grösste Aufsehen erregen. Es gibt eben Leute, die es verstehen, aus solchen Zusammenbrüchen ganz erkleckliche Summen für sich zu retten.

Wie das gemacht wird, zeigte die auf dem Amtsgericht in Waldenburg abgehaltene Gläubigerversammlung. Der Konkursverwalter Neumann, der die Sache der Kleingläubiger vertritt, stellte fest, dass trotz der geringen Konkursmasse noch Gehälter gezahlt werden, die unter den heutigen Verhältnissen und bei einem verkrachten Unternehmen einfach unerträglich seien. Während die Belegschaft bis auf wenige Mann entlassen worden ist, hätten es einige hochbezahlte Angestellte bis in die letzte Zeit hinein verstanden, ihre guten Positionen zu halten und aus der geringen Konkursmasse grosse Gehälter zu beziehen. Ausserdem hätte sich der Konkursverwalter, ein Rechtsanwalt Dr. C. Walter, noch einen Herrn Witting aus Berlin als seinen Beirat bestellt, der ein Monatsgehalt von 1500 Mark bezog, obwohl seine Tätigkeit vielfach nur vorübergehender Art gewesen wäre. In der Verwaltung der Konkursmasse sassen zwei Juristen. Trotzdem beauftragte Dr. Walter, der für "Lappalien keine Zeit hat", den früher beim Plesskonzern tätig gewesenen Dr. Heckert mit der Vertretung, als Angestellte des verkrachten Werkes Klage vor dem Arbeitsgericht anstrebten. Dafür habe Dr. Heckert die runde Summe von 1 000 Mark erhalten.

Der letzte Versuch, für die Kleingläubiger etwas aus der Masse heraus zu holen, ist eine Schadenersatzklage gegen den Fürsten von Pless, von dem man 4,5 Millionen Mark fordert. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die zur Prozessführung nötigen Gelder aus der Konkursmasse herausgeholt werden können. Wahrscheinlich wird die Tragödie von Waldenburg mit einem stillen Begräbnis abschliessen.

-----

#### Berliner Milchpreis.

-----

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen vom 8. bis 14. Januar je Liter frei Berlin: A=Milch 12,25, für B=Milch 0,08 Rpf, für tiefgekühlte Milch 12,75, für molkereimässig bearbeitete Milch 0,14 Pfg. Die A=Milchmenge ist auf 75 Prozent des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

-----

Nach wie vor schlechtes Roggenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 8. Januar.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeichnete sich am Freitag durch feste Tendenz für Roggen aus. Das Angebot der Landwirtschaft blieb weiter sehr gering, während die Mühlen gute Nachfrage zeigten. Infolgedessen konnten die Preise für effektive Ware um 3 bis 4 Mark anziehen. Auch für Weizen blieb die Tendenz stetig, obgleich hier die Nachfrage ruhiger blieb. Die Notierungen für Lokoware blieben unverändert. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten beide Brotgetreidearten nur wenig Veränderungen. Roggenmehl, namentlich in billigen Sorten, war nicht allzu reichlich angeboten und wurde lebhaft gefragt. Vielfach konnten sich auch die Preise etwas befestigen. Für Weizen bestand nur geringe Nachfrage zu unveränderten Preisen. Hafer hatte gut stetige Tendenz. Das Angebot war nicht gross und der Konsum bestand im normalem Umfang. Etwas grösser war das Interesse für Industrieroggen.

	7. Jan.	8. Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	222 - 224	222 - 224
Roggen	190 - 192	193 - 195
Braugerste	153 - 165	154 - 165
Futter- und Industrieroggen	148 - 152	148 - 153
Hafer	134 - 142	134 - 142
Weizenmehl	27,25 - 31,00	27,25 - 31,25
Roggenmehl	26,15 - 28,15	26,35 - 28,35
Weizenkleie	8,75 - 9,25	9,25 - 9,50
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 243, Mai 250 $\frac{3}{4}$ -250 $\frac{1}{2}$   
 Brief, Roggen März 208 $\frac{1}{2}$ -209, Geld, Mai 215. Hafer März 153, Mai 159 $\frac{1}{2}$ .

Berliner Viehmarkt.

(8. Januar 32)

SPD. Entsprechend den Konjunkturvoraussagen hält der Andrang an dem Schweinemarkt an, was am Freitag in Berlin zu einem starken Preisfall führte. Ebenso reichlich war das Angebot an Kälbern. Auf dem Hammelmarkt konnten sich bei nicht ganz genügendem Angebot Preiserhöhungen durchsetzen. Der Rindmarkt hatte besseres Geschäft infolge Exportnachfrage.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) - (-), b) (240 - 300 Pfd.)  
 41 - 42 (44 - 45), c) (200 - 240 Pfd.) 39 - 41 (41 - 45), d) (160 - 200 Pfd.)  
 35 - 38 (38 - 42), e) (120 - 160 Pfd.) 32 - 34 (35 - 37), Sauen 35 - 37  
 (38 - 39). Schafe: b) 37 - 39 (36 - 38), c) 33 - 36 (31 - 35), d) 20 - 25  
 (18 - 24). Kälber: b) 45 - 53 (50 - 57), c) 30 - 42 (32 - 48), d) 18 - 26  
 (20 - 30). Kühe: a) 25 - 30 (23 - 27), b) 21 - 24 (19 - 22), c) 17 - 20  
 (15 - 18), d) 13 - 16 (12 - 14).

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 8. Januar 1932.

## Die gelbe Gefahr.<sup>x</sup>

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Meine Frau ist in der internationalen Politik gründlich bewandert. Sie spricht vom polnischen Korridor mit einer solchen Vertrautheit, dass man glauben möchte, er führe aus unserm Schlafzimmer ins Badezimmer, und keine zentralamerikanische Republik kann unbemerkt von ihr den Präsidenten wechseln. In letzter Zeit widmete sie ihre Aufmerksamkeit besonders dem chinesisch-japanischen Konflikt in der Mandschurei. "Denke an meine Worte", sagte sie, "früher oder später werden wir in einen chinesisch-japanischen Krieg hineingezogen werden. Wir müssen uns mit den japanischen Verhältnissen vertraut machen."

Was nun mich betrifft, so bin ich bereits Hals über Kopf in den Konflikt hineingezogen worden. Denn auf Anregung meiner Frau musste ich Jiu-Jitsu-Stunden nehmen - lediglich, um vorbereitet zu sein. Sie engagierte einen kleinen Japaner, der jeden Tag zu mir kommen sollte, um mich in der alten japanischen Kunst der Selbstverteidigung zu unterrichten. Ihrer Ansicht nach würden sich diese Kenntnisse als unschätzbar erweisen, falls ich in ein Handgemenge in der Mandschurei verwickelt werden sollte. "Aber auch hier in der Heimat wird dir das Jiu-Jitsu gute Dienste erweisen", fügte sie hinzu. "Wie leicht kannst du einmal einem Gangster oder einem Strassenräuber begegnen!"

Vielleicht wäre dem in der Tat so, wenn der Räuber imvoraus wüsste, was ich zu tun beabsichtige, und sich darauf einrichtet - was ich bezweifle. Denn nach meinen Erfahrungen ist zum Jiu-Jitsu Zusammenarbeit notwendig. Es ist nur dann erfolgreich, wenn beide Kämpfer auf einander gezielte Rücksicht nehmen. Sie müssen auch die gleiche Sprache sprechen, damit einer dem andern seine Pläne darlegen kann.

Die Schwierigkeiten mit meinem Lehrer begannen bereits in der ersten Unterrichtsstunde. "Das erste Mal", so sagte er, indem er sich höflich verneigte und mich bei den Handgelenken ergriff, "machen wir - so." - Mit rascher Bewegung stellte er mir ein Bein, und ich landete auf meinem Rücken. Dann setzte er sich auf meinen Magen und lächelte wie ein Zahnarzt, der einem eben einen Zahn gezogen hat. Er benahm sich auf meinem Magen wie zu Hause. Mir fiel ein, dass man, wenn jemand auf eines andern Magen sitzt, wenigstens dessen Namen kennen sollte. "Maru", sagte er kurz und bündig und fügte nach einer Weile noch lauter hinzu: "Maru!" Ich erachtete die Situation als für eine weitere Unterhaltung ungeeignet, nannte ihn Maru und liess es dabei bewenden. Später gab ich ihm zwar auch andre Namen - aber das ist eine Sache für sich.

Die zweite Lektion begann wie die erste. Maru stellte sich vor mich hin und packte meine Handgelenke. "So man Arm brechen", sagte er mit ausgesuchter Freundlichkeit. "Wessen Arm?", fragte ich. Aber statt zu antworten, drehte sich schnell um und warf mich wie einen Mehlsack über seine Schulter. Meine Füße verloren den Boden, und ich drehte mich wie ein Wagenrad in der Luft. Bevor ich auch nur "Aber, Herr Maru", sagen konnte, sass er wiederum auf meinem Magen. "Nicht Arm brechen diesmal", sagte er zuvorkommend, "aber kann machen. Das erschien mir durchaus möglich. Ich wäre nicht einmal imstande gewesen, widersprechen."

"Jetzt", sagte Maru, indem er mich auf die Füsse zerrte und neuerlich meine Handgelenke packte, "wir machen Genickverdrehung."



"Ihr Genick?" fragte ich hoffnungsfroh. Maru schüttelte den Kopf. "Ich unterrichte", erklärte er, "Sie lernen müssen". Sich mir nähernd bog er meine rechte Hand hinter meinen Rücken und drückte mit seinem Ellbogen mein Kinn; zuerst aufwärts und dann nach links. Es tat sehr weh, und ich hatte ihn auch darauf aufmerksam gemacht, wenn sich meine Zunge nicht zwischen meinen Zähnen verfangen hätte. Unter den gegebenen Umständen blieb mir nichts andres übrig, als nach rückwärts zu fallen, was ich auch tat.

"Nächstes Mal wir Rumpfvordrehung üben", sagte Maru. "Jetzt aufstehen, bitte!"

Die nächste Lektion brach herein. Maru fasste meine rechte Hand mit seinen beiden Händen und zerrte mich auf sich zu. Aber gleichzeitig stemmte er seinen rechten Fuss gegen meine Magengrube und stiess mich von sich weg. Das erschien mir wenig folgerichtig. Es war, als wenn einersagen würde: "Und jetzt verschwinden Sie schleunigst! Aber warum eilen Sie denn so?" - nur in einer gewalttätigeren Tonart. "Bitte, entscheiden Sie sich!" rief ich ungeduldig. Als Antwort stiess und zerrte Maru mich zugleich. Ich flog über seine Schultern wie ein Segelflieger, prallte an die Wand und landete im Gleitflug. "Hi-ya", sagte Maru zustimmend. "Selber Hi-ya", stöhnte ich. Auf meinem Kopfe befanden sich Beulen, die jeden Phrenologen entzückt hätten. Mein Rückgrat war gewellt. "Sie jetzt unten", erklärte Maru. "Ich zeigen, wie unten halten!" Er berührte mit seinem Fusse meinen Adamsapfel und bog mein linkes Handgelenk zurück, bis es krachte. "Sie sehen?"

"Gugk!" antwortete ich.

Nun kniete Maru auf meiner Brust nieder, zog mein rechtes Bein bis zu meinem Kinn empor und stiess meinen Kopf, indem er ihn herunterdrückte, durch die Wölbung meines Knies. Was weiter geschah, weiss ich nicht.

Als ich wieder zu mir kam, bespritzte mich meine Frau gerade mit Kölnisch wasser. "Professor Maru ist schon weggegangen", sagte sie. "Er meinte, dass du für heute genug gelernt hast."

"Ich habe für mein Lebtag genug gelernt", stöhnte ich. "Wenn es eine gelbe Gefahr gibt, dann wird sie durch Maru verkörpert."

"Du glaubst also nicht, dass die Jiu-Jitsu von Nutzen sein wird, wenn du gegen die Japaner kämpfen musst", warf sie ein. "Wenigstens wirst du wissen, was sie gegen dich im Schilde führen!"

"Nein", erwiderte ich. "Ich bin Anhänger der "Hände weg!-Politik" geworden und nicht nur Hände weg, sondern auch Füsse, Kniee und Ellbogenweg! Ich beabsichtige, mich von heute ab von allen ausländischen Verwicklungen fernzuhalten - besonders von Herrn Professor Maru!"

(Einzig autorisierte Uebersetzung von Leo Korten.)

### Der Film als Hypnotiseur.<sup>x</sup>

SPD. Man stellt sich unter Hypnose selbstverständlich etwas ganz anderes vor. Sie, meine Damen, denken dabei an die furchterregenden, glotzenden Augen eines Svengali und an sein mondsüchtig wandelndes Medium, - und Sie, meine Herren, denken an geheimnisvolle Morde, die in Hypnose ausgeführt wurden, an Fakire, die Orangengärten und Palmenhaine suggerieren. Dass es aber auch eine andre Art von Hypnose gibt, eine Hypnose, die sich durch den Film auswirkt, daran dachten Sie wohl noch nie.

Es ist möglich, dass Sie etwa eine ausgesprochene Abneigung gegen Gamaschen hatten und urplötzlich, nachdem Sie eines Abends in einem Film Raymond Griffith sahen, über dessen Schuhen die Gamaschen besonders elegant wirkten, sich ebenfalls Gamaschen anlegten. Oder dass ein Parfüm unbekanntes Namens und unbekanntes Fabrikats, das Parfüm "Narcisse noir", über Nacht ein Schlager

artikel wurde. Es stand auf dem Toilettentische von Gloria Swanson, und von der schlichten Parfümflasche war zufällig eine Grössaufnahme gemacht worden. Hunderttausende von Frauen haben den Film gesehen, und Hunderttausende haben kurz danach in den Parfümerien "Narcisse noir" verlangt. Wie kommt das?

Ein New Yorker Arzt, Dr. Louis E. Bisch, sagt, das sei Hypnose. Er behauptet, das Publikum stehe im Kino und nach der Vorstellung unter der Suggestion des Films. Diese Filmsuggestion sei es, die die Etonfrisur, den kurzen Rock und die Seidenstrümpfe in Mode hypnotisiert habe. Und die Schlankheit wäre nie so populär geworden, wenn in den Filmen nicht so viele schöne, schlanke Filmschauspielerinnen gezeigt worden wären. Auch der Sport verdanke nicht zuletzt dem Film seine allgemeine Verbreitung.

"Wie vollzieht sich diese Filmhypnose?" fragt der Arzt Dr. Bisch, und er antwortet darauf, indem er die Filmatmosphäre analysiert. Im Kino wirken zwei Faktoren auf den Menschen: die Dunkelheit und die geheimnisvoll hervorquellende Stimme nicht anwesender Menschen. Der Mensch, der im Zuschauerraum sitzt, ist ein ganz anderer als der, welcher noch vor einigen Minuten an der Kasse die Eintrittskarte gelöst hat. Er wird kritiklos, allen Einflüssen gegenüber empfänglich, schaltet den Kontakt der Logik und der Tatsachen aus und unterwirft sich dem Licht- und Schattenspiel.

Aber es wird noch von manchen anderen Faktoren bedingt, in welchem Masse sich die Filmhypnose auf die einzelnen Zuschauer auswirkt. Auf einem weichen, bequemen Sitze geben wir uns den Filmgeschehnissen leichter hin als auf einem harten Stuhle. - Wenn wir unsern Platz eingenommen haben, dann konzentriert sich unsere Aufmerksamkeit auf die Leinwand. Diese Leinwand ist erhöht angebracht. Sie leuchtet hell, und Figuren bewegen sich darauf. Dies sind die wichtigsten Faktoren. Auch ist es nicht gleichgültig, von welchem Punkte des Zuschauerraums aus wir den Film sehen, und in welchem Winkel unser Blick die Leinwand streift. Im allgemeinen beugen wir den Kopf zurück und richten den Blick aufwärts, wenn wir auf die Leinwand schauen.

Alles zusammengefasst, geschieht also folgendes: Wir sind in der Dunkelheit, hören geheimnisvolle Stimmen, sitzen bequem und betrachten mit aufwärts gerichtetem Blicke einen sich bewegenden Gegenstand. All dies ist identisch mit den Faktoren, die der Hypnotiseur benötigt, um sein Medium hypnotisieren zu können: der Blick ist starr; das Gehirn übernimmt alles, was die Augen sehen und die Ohren hören. Die Logik und die Urteilsmöglichkeit werden ganz untergeordnet; oft funktionieren sie überhaupt nicht mehr. Das Gehirn steht völlig unter der Einwirkung der Suggestion und hält auch Dinge für glaubhaft, die es sonst nicht ohne Widerstand aufnehmen würde. In diesem Seelenzustande, der schon von vorn herein auf Suggestion eingestellt ist, reagiert der Mensch auf alles vervielfacht. Die Gamaschen, die noch vor dem Kinobesuch laffenhaft anmuteten, wirken plötzlich vornehm; Luxusgegenstände werden zu Lebensnotwendigkeiten; moderne Erneuerungen werden zur Selbstverständlichkeit. Auffassung, Gefühle, Gedanken verwandeln sich oft, ohne dass wir von dieser Metamorphose Kenntnis nehmen.

Es ist nicht uninteressant, die Suggestivkraft des Films in einem vollen und in einem leeren Zuschauerraum zu beobachten. Wenn man an einem Wochentage zur Nachmittagsvorstellung in ein kleines Kino geht, so interessiert der Film nicht in solchem Masse, als wenn wir den gleichen Film in einem vollbesetzten Filmpalast anschauen würden. Denn der Film ist ein Gesellschaftsvergnügen und übt eine umso grössere Wirkung aus, je mehr Zuschauer uns umgeben. Wenn wir in der Menge sind, so verlieren wir unsere Individualität, werden primitiver, kindlicher. Wir lachen und weinen; der Film löst solche Gefühlsercheinungen in uns aus, die kaum zustande kämen, wenn wir uns den Film allein anschauen würden. Sind wir in der Menge, dann sinken wir um einen Grad tiefer. Damen der Gesellschaft lachen herzlich in der Dunkelheit des Kinos bei solchen drastischen Burleskszenen, über die sie sich sonst empören würden. Mordgeschichten, Raubtierfilme erwecken auch im passivsten Menschen die Neigung.

zur Bestialität.

Dass der Zuschauer vom Parkett aus mehr Vergnügen am Film hat, als wenn er den Film von der Galerie aus anschaut, ist selbstverständlich. Denn zur Hypnose gehört es, den Blick aufwärts zu richten, wogegen wir von der Galerie auf die Leinwand herabsehen müssen. Schaut euch nur einmal die Gesichter in den ersten Reihen des Parketts an. Wie seltsam sind diese Gesichter! Sie wissen nichts von dir und von den Andern. Es gibt nur eins für sie: der Film. Und in der Tat: es sieht gerade so aus, als ob sie in einer hypnotischen Trance die Leinwand anstarrten. -osi.

### "Kameraden". X

SPD. Sie wissen ja, dass bei uns in Österreich dem Adel auf einmal die fa-  
belhafte Idee gekommen ist: "die Heimat zu schützen". Fürwahr, eine wackere  
Idee! Früher einmal war diesen erlauchten Herrschaften die Heimat völlig  
schönuppe. Jetzt aber muss sie geschützt werden. Interessant allerdings wäre  
es, zu erfahren: was eigentlich vor wem zu beschützen ist..... Aber das sind  
schwierige oder, besser gesagt, ungemütliche Probleme, in die man sich nicht  
gern einlässt. Wozu auch? Sie wird einfach geschützt, die liebe, gute Heimat.  
Basta! Konstatieren wir die Tatsache des besten Willens, der Schutz- und Opfer-  
bereitschaft dieser idealen, durch und durch altruistischen Strömung im Adel,  
und wir müssen bekennen: das allein schon ist ehrenwert. Oder etwa nicht?

Nur merkwürdig, dass dieser Einbruch der Liebe zur Scholle erst so spät  
und ruckartig erfolgte. Vor gar nicht allzu langer Zeit noch distanzierte sich  
diese illustre Schicht eigentlich recht ausgesprochen von der Heimat und ihren  
simplen Bewohnern. Da kreiste das blaue Blut meilenweit über Stadt und ländli-  
chem Gefilde. Damals vertrug es, wahrscheinlich infolge seiner pikanten Zusam-  
mensetzung, weder den Russ der Fabriksschlote noch den neftigen Duft ländlicher  
Kuhfladen. Scheinbar hat der blaue Strom in jüngster Zeit von irgendwoher vita-  
len Zufluss erhalten. Ausserdem muss sich offenbar auch das Sehvermögen erheb-  
lich entwickelt haben: plötzlich nämlich erkennen die Herrschaften, dass es ne-  
ben ihrem reckenhaften Geschlechte noch so etwas wie Bürger, Arbeiter und Bau-  
ern gibt. Ja, mehr noch, der Adel ist von einer Begeisterung für diese neuent-  
deckten Menschenklassen förmlich besessen, von einer Begeisterung, die sich in  
der Anrede "Heil, Kamerad!" am schönsten und klarsten kundtut. - -

Unlängst war ich Zeuge einer solchen kameradschaftlichen Begegnung.

Ein Herr mit dem Gockelsymbol am Hut und eine Dame stehen in traulichem  
Geschäker an einer Strassenecke. Es sind todsicher Aristokraten. (Die Leute  
sehen alle so merkwürdig intelligent aus.)

Da kommt ein anderer Heimatschützer des Weges, ein Bauer, mit schmutzigen  
Schuhen, unrasiert, eine lange Pfeife im Munde. Hat wahrscheinlich in der Stadt  
zu tun. Kann sich nicht städtisch herrichten; dafür mangelt es ihm an Geld,  
Sinn und Zeit. (Ist auch gar nicht notwendig.)

Der Bauer geht unbeholfen auf das Paar zu, zieht voll Ehrerbietung den  
Federhut und fragt etwas unsicher: "Kamerad, könnt' i' a' Feua hab'n?" Lin-  
kisch-treuherzig hält er seine Pfeife hin. Der "Kamerad", sichtlich verlegen,  
klopft flüchtig seine Taschen ab und meint dann näseld: "Leider keins einge-  
steckt!" Lässig fahren zwei längliche Finger an den Rand seines Hütteleins.  
Dann zeigt er den Rücken und schlendert mit seiner Walküre in eine Seitengasse.

Ich folge den Beiden unauffällig. Sie unterhalten sich schmunzelnd über  
diese Episode. Sie: "Hast du gehört, "Kamerad"? Ulkig, nicht?" Er: "Tja,  
mein Gott, die Zeiten haben sich geändert!" Ironisch-sauer lächelt er, als  
ob er in einen faulen Apfel gebissen hätte.

Dann zieht er eine goldene Zigarettendose (er hat offenbar vollständig

vergessen, sie zum Schutze der Heimat zu widmen) und zündet sich mit Seinem Feuerzeug eine Zigarette an..... Da lachen beide sehr. Ausgesprochen kameradschaftlich.

Ich blicke ihnen noch eine Zeit lang nach. Wie Hahnenfeder weht im Winde. Ich weiss ein Lied, das beginnt so:

"Wir traben in die Weite; das Fähnlein weht im Wind.  
Viel tausend Mann zur Seite, die ausgezogen sind...."

Harald Spitzer (Graz)

-----  
Wanderung durch Neubelgien.X  
-----

SPD. Eupen ist wirklich eine deutsche Stadt. Das Firmenschild des grossen Kaufhauses "Le Lion Delhaize Frères & Co." an einem alten Bürgerhaus im Schatten der Nikolauskirche wirkt in diesem Landstädtchen, dessen Gasthofbesitzer die Namen Stahl, Koch, Klein und andre deutsche Namen haben, ebenso fremd wie der Schutzmann, der auf dem Platze davor Dienst tut. Liest man auf einem anderen, improvisierten Holzschild an einem Hause hinter "Heimatmuseum" die Bezeichnung "Musée de Folklore", so muss man über diesen Französierungsversuch lächeln. Denn wenn Eupen auch seinen Wohlstand zum guten Teile französischen Flüchtlingen verdankt, die nach der Aufhebung des Edikts von Nantes hier im Weser- und Hiletal das Wollgewerbe zur Blüte brachten, so meinte unser Quartierwirt, als er uns mit besonderer Betonung sagte: "Die Gewerkschaften sind treudeutsch", damit nicht, dass etwa die übrige Bevölkerung belgisch gesinnt sei, sondern nur, dass die Gewerkschaften und die Sozialisten die aktivsten Propagandisten für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Deutschland sind. Er selbst erzählte uns ja mit Begeisterung von der Teilnahme seines Gesangsvereins am Sängerfest in Frankfurt a.M.

Malmédy dagegen hat sich, wenigstens äusserlich, restlos französisiert. In der ganzen Stadt sieht man kein deutsches Firmenschild. Auch die Hotels und Gaststuben legen Wert auf französischen Anstrich. In der Aufmachung und in der Speisekarte. Man hört hier kaum ein deutsches Wort, sodass wir ganz überrascht waren, als ein Kind in einem Zigarettenladen zu uns sagte: "Sprechen Sie ruhig Deutsch - wir heissen ja Müller!"

Zwischen Eupen und Malmédy, mitten im "Hohen Venn", liegt die Baraque Michel. Hart daneben die Kapelle Fischbach. Zwischen beiden verlief früher die deutsch-belgische Grenze. Damals war die Baraque mit 672 m Höhe der höchste Punkt Belgiens. Heute hat sie diesen Ruhm an den Feuerwachturm Botrange abgeben müssen, der 19 m höher (!!) unweit von der Baraque im Venn steht. Dafür hat die Baraque eine neue Sensation. Auf den Postkarten, die es dort zu kaufen gibt, liest man, dass die Baraque, solange noch keine Landstrasse durch das Venn führte, so eine Art Sankt bernhards-Hospiz dieser Einöden gewesen sei. Ein Michel Schmitz, der sich 1808 im Hochmoor verirrt hatte, hat sie gebaut und als Dank für seine Errettung bei Nebel und Schneesturm die Glocke geläutet, die heute noch am Hause hängt. So wurde auch der Chevalier Fischbach aus Stavelott gerettet. Er blieb nicht wie der arme Michel Schmitz in der Einöde, weil er ja daheim ein grosses Haus hatte. Er errichtete die Kapelle Fischbach.

Schon lange führt eine Landstrasse durchs "Hohe Venn". Und schon lange ist aus der Baraque ein ansehnliches Wirtshaus geworden. "Rendez-vous des touristes des savants et des poètes" steht auf den Ansichtskarten. Aber auch diese romantischen Zeiten sind vorbei. Selbst bei Nebel und Schnee ist der Weg auf der breiten Heerstrasse, zu der die Belgier die Landstrasse ausgebaut haben, ungefährlich. Die Baraque Michel ist heute das Ziel der vielen Autocars, die die Kurgäste von Spa und dem immer mehr zum Bäderort aufstrebenden Malmédy nach der neuen Talsperre bei den alten Schlossruinen von Reinhardsstein im

pittoresken Warchetal und hinauf in die Einsamkeit des Venns rudelweise zum Kaffee fahren.

Die Landschaft des Hochmoors hat dadurch nichts von ihrer grandiosen-Melancholie eingebüsst. Man verspürt auch heute noch keine Lust, von der festen Landstrasse abzubiegen, um lockende Waldbeeren zu pflücken. Denn überall Glucksen unter dem grünen Teppich des Heidegrasses, der Waldbeer- und Heidekrautbüsche Wasserrinnale, und die glatte Fläche der Hochebene ist zerfressen von wassergefüllten Löchern mit fransigen, schwarzen Torfrändern.

Aber die trostlose Armut in den Venndörfern, die Clara Viebig in vielen Romanen geschildert hat, sucht man heute vergebens. Longfaye, Xhoffraix, Ovefat, Robertville, alle hart am Venn gelegen, sind blühende Bauerndörfer. Fachwerk und Strohdach, denen man in der deutschen Eifel noch oft begegnet, sieht man kaum noch. Überall wird neu gebaut. Hinter den hohen Windschutzhecken, die die Häuser wie Pallisaden umgeben, liegen geräumige Gehöfte aus Blaustein. Auf den Weiden grasen Herden holländischen Viehs. Die Venndörfer sind längst elektrifiziert. Die Talsperren, deren Netz die Belgier immer mehr ausbauen, liefern billigen Strom. Und die Lastautos uringen in wenigen Viertelstunden von Malmédy Kohle herauf, sodass es sich kaum noch lohnt, den Torf als Heizmaterial zu stechen.

An der Postagentur in Xhoffraix hängt noch der alte deutsche Briefkasten. Aber er ist braun überstrichen. Die deutschen Verzierungen hat man abgemeißelt und das Wort "Briefkasten" durch "Boitte de lettre" ersetzt. Hier, mitten in der ehemals deutschen Wallonie, hört man überhaupt kaum noch ein deutsches Wort. Die Belgier haben fast überall neue Schulen gebaut. Das Lernen der deutschen Sprache ist fakultativ. Aber der Postagent hat uns erzählt, dass die wenigsten Eltern ihre Kinder noch Deutsch lernen lassen. Tatsächlich sehen einen die meisten Leute verständnislos an, wenn man sich auf Deutsch nach etwas erkundigt. Nur die Alten sprechen noch das Deutsch, das sie früher auf der deutschen Schule gelernt haben.

In Sourbrodt, am Truppenübungsplatz Elsenborn, der wie eine schwärende Wunde zwischen Deutschland und Belgien im neubelgischen Venn liegt, hat "die dankbare Wallonie" dem 1921 verstorbenen "Patriote malmédien" Nicolas Pietkin, der lange Zeit Pfarrer in Sourbrodt gewesen ist, ein Denkmal errichtet. Als "Défenseur de la civilisation latine" wird darauf der Pfarrer Pietkin gefeiert. Unweit von diesem Denkmal, an der nächsten Wegkreuzung, steht ein andres Ehrenmal. Darauf liest man eine lange Reihe von Namen. Es ist kaum ein deutsch klingender darunter. Auch in Xhoffraix steht so ein Obelisk. Auf seinem Sockel steht in französischer Sprache: "Niemand hat grössere Liebe, als wer sein Leben lässt für seine Freunde". Unter der Totenliste des Ehrenmals für die Gefallenen im Weltkrieg in Sourbrodt steht, natürlich ebenfalls in französischer Sprache: "Sie gaben ihr Leben für ihr Vaterland - Und Gott nahm ihr Opfer gnädig an." Erschüttert steht man vor diesen Denkmälern. Es ist schwer, zwischen dem Ehrenstein für den Curé Pietkin und dem Gedenkstein für die im Weltkriege Gefallenen eine Beziehung zu finden. Träfe man nicht allerorten in der Wallonie Symbole für die katholische Strenggläubigkeit der Bevölkerung, so könnte man sogar aus der Inschrift des Denkmals in Sourbrodt eine furchtbare Anklage lesen.

Aus dem Nachsinnen weckt einen das Rumberumpum der Kanonen, die drüben auf dem Übungsplatz Elsenborn ballern. Die weissen Wölkchen der platzenden Shrapnells sind keine frohe Verheissung für die Zukunft.

Als wir am Bahnhof von Sourbrodt nach dem Fussweg durch die Heide nach Kalterherberg fragten, rief uns ein Mann warnend zu: "C'est en Prusse!" ("Das liegt in Preussen!") Das klang nicht freundlich.

Gerth Schreiner.

## Querschnitt durch das dritte Reich.<sup>x</sup>

### ----- Der Sozialismus.

Das Dritte Reich kennt zweierlei Klassen  
von Menschen, die sich wie folgt, definieren lassen:

Zur Klasse I gehören alle, die zu Führern berufen  
(es gibt da zwar auch noch Zwischenstufen).  
Auf jeden Fall fängt's mit dem OSAF an,  
Der ist von Gottes Gnaden - es folgen die Stabschefs und Häupt-  
linge; dann  
kommt die niedrige Charge, aber auch noch zum "Führen",  
die Namen wie Becker und Kollatz zieren. -  
Die Führer sind in keiner Weise an die Gesetze gebunden;  
sie dürfen alles tun, was sie für richtig befunden.  
Sie sind die Edelsten der Nation  
und bekommen dafür den verdienten Lohn;  
sie werden nach Gebühr mit Orden geschmückt;  
ihnen wird - wenn's hochkommt - von IHM persönlich die Hand gedrückt  
Die Klasse II zählt an 60 Millionen,  
die "befreit und zufrieden" im Nazistaat wohnen.  
Dem Dritten Reich ist es endlich gelungen;  
es hat alle Nöte aufs beste bezwungen;  
es hat einmal reinen Tisch gemacht  
und den Begriff des Sozialismus auf eine praktische Formel gebracht.  
Es gibt die "Sozialisierung" der Arbeitskraft:  
damit man möglichst viel Werte schafft,  
hat man die veralteten Bestimmungen über Arbeiterschutz und der-  
gleichen gestrichen  
und die Verhältnisse dem Zustand von früher (14stündige Arbeitszeit,  
Prinzipsallmacht usw.) angeglichen.  
Es entsteht so ein idealer Zustand, den man  
als "Klassensozialismus" bezeichnen kann.  
Die Sozialversicherung ist liquidiert,  
weil sie erwiesenermassen zur Untergrabung der Arbeitslust führt.  
Und das Volk ist in einem Rausch von Glück befangen,  
weil alles so herrlich in Erfüllung gegangen....  
Wenn aber trotzdem ab und zu ein Wort des Widerspruchs fällt:-  
Ein Knall - und die Ruhe ist hergestellt!

W.Schirmeier.

-----  
SPD. Zu viel Petroleum!<sup>x</sup> Das schwarze Oel der Erde zu entreissen, war bis  
vor kurzem ein gewinnversprechendes Geschäft, auf das immer mehr Unternehmer  
sich mit gutem Erfolge stürzten, denn trotz aller Betriebsamkeit vermochte die  
Tagesproduktion an Erdöl den Tagesbedarf kaum zu decken. Da kam das Jahr 1929,  
das einen Markstein in der Geschichte des schwarzen Oels bedeutet. In diesem  
Jahre wurde zum erstenmale viel mehr Oel produziert, als man brauchen konnte.  
Dazu kam 1930 noch die Entdeckung neuer Oelfelder in Texas, und nun wurde der  
Markt mit Rohöl geradezu überschwemmt. Gegen dieses ungeheure Ueberangebot wur-  
den behördliche Massnahmen unternommen, die die Produktion gewaltig einschränk-  
ten und die Hälfte der Oelpumpen ausser Betrieb setzten. Die bevorstehende end-  
gültige Neuregelung der Förderung und des Verbrauches der Welt an Erdöl über  
alle Produktionsstätten der Erde hinweg soll nach einheitlichen Gesichtspunkten  
erfolgen.

-----